

ZÜRCHER FREISINN

Gemeinsam weiterkommen.

Im Gespräch mit Trix Heberlein

Trix Heberlein, Rechtsanwältin (lic. iur.), war von 1979 bis 1991 Kantonsrätin des Kantons Zürich. Von 1984 bis 1995 amtierte sie zudem als Gemeinderätin in Zumikon. Im Anschluss an ihren Einsatz im Kantonsrat vertrat sie von 1991 bis 2003 die liberalen Werte im Nationalrat und amtierte im Jahr 1998 als dessen Präsidentin. Von 2003 bis 2007 vertrat sie die Interessen des Kantons Zürich als Ständerätin.

Seite 9

Neues Wirtschaftspapier

Die Delegierten der FDP Schweiz verabschiedeten in Dübendorf ein neues Wirtschaftspapier. Der Handlungsbedarf ist gross, umso wichtiger sind liberale Prinzipien: Eigenverantwortung anstatt staatlicher Bevormundung, Anreize statt Verbote, Marktwirtschaft anstelle staatlicher Eingriffe und mehr Freihandel, dafür weniger Protektionismus.

Seite 10 und 11

Besuchen Sie den digitalen «Zürcher Freisinn» unter www.fdpzh-freisinn.ch/ oder schauen Sie gleich hier rein! Die digitale Ausgabe des «Zürcher Freisinn» ist keine 1 : 1 Kopie der gedruckten Version, sondern bildet zusätzliche Inhalte ab. Auch ein wenig Spiel und Spass soll in der Politik ihren Platz finden.



Hier geht's zum digitalen «Zürcher Freisinn»:

Gut mobilisiert, aber auch klares Verbesserungspotenzial

Editorial von Hans-Jakob Boesch

In den Kantonsratswahlen konnten wir zulegen und den Wähleranteil vergrössern, allerdings nur um 0,2%. Auch wegen Proporzpech konnten wir entsprechend die Anzahl Sitze im Kantonsrat leider nicht weiter steigern und haben somit weiterhin 29 Sitze. Für viele unter Ihnen – so auch für mir – ist das ernüchternd. Aufgrund der Umfragewerte und der politischen Grosswetterlage machten wir uns Hoffnung auf mehr. Das dies nicht eintraf, ist zum einen der Tatsache geschuldet, dass SVP und SP besser abschnitten, als dies die Umfragen vorhergesagt haben, während die neue Protestpartei «Aufrecht/Freie Liste» aus dem Stand 2,15% Wähleranteil erreichte. Zum anderen zeigt der Blick auf die einzelnen Wahlkreise, dass wir in gewissen Gemeinden und Bezirken Wähler/innen verloren haben. Gerade diesen zweiten Punkt müssen wir zusammen mit Bezirksparteipräsidiolen sehr genau anschauen und die Lehren daraus ziehen. Sollten auch Sie konkrete Verbesserungsvorschläge haben, nehmen wir diese ebenfalls sehr gerne entgegen. Denn es zeigt, dass unsere Mobilisierung nicht überall funktioniert hat. Hier müssen wir unbedingt korrigieren! Nur so wird es möglich sein, auch den Wähleranteil und die Sitzzahl im Kantonsrat deutlich zu steigern.

Hans-Jakob
Boesch,
Parteipräsident
FDP Kanton
Zürich



Was uns hingegen gelungen ist, ist die Mobilisierung insgesamt zu verbessern, d. h., mehr Leute davon zu überzeugen, auch tatsächlich an die Urne zu gehen und FDP zu wählen. So konnten wir im ganzen Kanton über 50 000 Wähler/innen gewinnen, was ein Plus von fast 6% gegenüber 2019 ist und womit wir sogar das Wahljahr 2015 übertreffen. Vor allem in den Städten und den Agglomerationen konnten wir teils deutlich zulegen. Dass die GLP nicht weiter auf Kosten der FDP wachsen konnte, sondern dass die beiden grünen Parteien verloren haben, stimmt ebenfalls zuversichtlich. Mit unserer klaren Positionierung und unserer

Fortsetzung auf Seite 3

Inhalt

- 3–9 Zürcher Freisinn
- 10/11 Neues Wirtschaftspapier der FDP
- 12/13 Wir feiern 175 Jahre Bundesverfassung
- 14 Karin Keller-Sutter über ihren Start im EFD
- 15 Rückblick auf die Wahlen in Zürich und Baselland
- 16 Die Service-Citoyen-Initiative kurz erklärt
- 17 Ausblick auf die Frühlingssession
- 18/19 In vier Kantonen wird gewählt
- 21 Ein Jahr Krieg in der Ukraine
- 22 Damian Meier ist neuer Regierungsrat in Schwyz
- 23 Kolumne



Wir machen die Schweiz stark!

Auf in den Wahlkampf

Liebe Freisinnige

Die Schweiz feiert dieses Jahr die Gründung des Bundesstaates vor 175 Jahren. Damit feiern wir auch unsere Bundesverfassung, die durch liberal-radikale Kräfte erschaffen wurde. Diese vereinigten sich später im Freisinn, in unserer Partei. Wir feiern heuer folglich auch den Liberalismus in der Schweiz! Es erfüllt mich mit Stolz, dass Freisinnige mit Weitsicht, Mut und Besonnenheit die Grundsteine für das Erfolgsmodell Schweiz legten. Es basiert auf jenen liberalen Werten, welche uns heute noch leiten: Freiheit und Verantwortung, Gemeinsinn und Fortschritt. Diesem liberalen Fundament sind wir, die FDP, nach wie vor verpflichtet.

Hemmungsloser Ruf nach dem Staat führt in die Sackgasse

Verantwortliche Politik heisst auch, die Marktwirtschaft zu schützen und zu stärken. Denn sie sorgt für einen funktionierenden Sozialstaat. Einsatz für die soziale Marktwirtschaft heisst das Einstehen für Rahmenbedingungen, die dem Grundsatz des Wettbewerbs für alle entsprechen. Anlässlich der Delegiertenversammlung in Dübendorf haben wir Vorschläge und Lösungen für eine gesunde, starke Wirtschaft und ein vorausschauendes und innovatives Unternehmertum verabschiedet. In jüngster Zeit steht und stand die Schweiz vor gravierenden Herausforderungen. Als Ultima Ratio wurden umfangreiche Staatshilfen gesprochen. Der immer stärker werdende Ruf nach dem Staat führt aber langfristig in eine Sackgasse! Aus Bedürftigkeit wird Anspruch, aus freiem Willen wird Bevormundung. Eine gesunde Wirtschaft braucht den nötigen Gestaltungsspielraum für Innovationen und Investitionen. Unternehmertum braucht Freiraum für sein Wirken zum Wohle aller Menschen in diesem Land.

FDP wählen und Erfolgsmodell Schweiz erhalten

Wir müssen unserem Erfolgsmodell Schweiz Sorge tragen. Links-Grün spaltet unsere Gesellschaft zunehmend, indem sie Bevölkerungsgruppen gegeneinander ausspielt. Ihre Moralpolitik zwingt uns einen staatlich definierten Lebensstil auf und ihre ideologiegetriebene Verweigerungshaltung verhindert Kompromisse zur Lösung von anstehenden Problemen. So braucht es etwa zur Sicherung der Altersvorsorge die Kompromissbereitschaft aller! Auf der anderen Seite des politischen Spektrums will die SVP die Schweiz mit ihrer Abschottungspolitik isolieren. Sie verschliesst sich vor Realitäten, schimpft pauschal über die Migration und löst kein einziges Problem. Wir müssen Gegensteuer geben, denn die Schweizer Politik darf ihren starken liberalen Kompass nicht verlieren. Die FDP steht ein für ein freiheitliches, verteidigungsfähiges und offenes Land. Dazu gehören eine umfassende Sicherheitspolitik und eine sichere und bezahlbare Energieversorgung.

Auf in den Wahlkampf

Die Kantonswahlen des letzten Jahres wie auch jene von Baselland und Zürich haben es gezeigt: Die FDP ist im Aufwind. Die Zugewinne kommen aber nicht von selbst, sie müssen hart erkämpft werden. Lasst uns also gemeinsam anpacken und die Wahlen gewinnen. Nur mit mehr Freisinn können wir das Erfolgsmodell Schweiz in eine erfolgreiche Zukunft führen. Denn: Wir machen die Schweiz stark!

Ihr Thierry Burkart
Präsident FDP.Die Liberalen Schweiz

Fortsetzung von Seite 1

Wahlkampfstrategie sind wir also insgesamt auf dem richtigen Kurs. Das klare Verbesserungspotenzial, das sich nun in den Wahlen gezeigt hat, müssen wir aber angehen.

Ein grosses Dankeschön an alle Orts- und Bezirksparteien, die Kandidierenden, alle Unterstützer/-innen und die Wähler/innen

Mit liberaler Kraft über den ganzen Kanton Zürich hinweg in Zusammenarbeit mit den Orts- und Bezirksparteien konnte die FDP einen sehr visiblen Wahlkampf führen und eine gute Mobilisierung «auf die Beine» stellen. Unsere Kandidierenden und viele unterstützende Helfer/-innen strotzten den kalten Temperaturen und waren auf den Strassen unterwegs immer im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern. Auch in der Online-Welt waren wir mit den Themen Mobilität, Wohlstand, Energie und Sicherheit sehr präsent, um zu zeigen, wer wir sind und wofür wir als Partei stehen. Immer wieder gelang es uns auch, unsere Forderungen und Positionen im redaktionellen Teil der klassischen Medien zu platzieren. Als Parteipräsident bedanke ich mich herzlich für das enorme Engagement jeder und jedes Einzelnen und für das Vertrauen, das Sie dem Parteivorstand und der Geschäftsstelle entgegengebracht haben. Im Namen der Parteiführung danke ich auch unseren 180 Kandidierenden und Regierungsrätin Carmen Walker Späh und Peter Grünenfelder für ihr Herzblut im Wahlkampf und gratuliere allen Gewählten zu ihrem Erfolg.

Mit vollem Elan in die nationalen Wahlen vom Oktober 2023

Gegenwärtig geben der Parteivorstand und die Geschäftsstelle der FDP Kanton Zürich bereits Vollgas bei der Planung und der Organisation der nationa-

Veränderung der Anzahl Stimmenden (absolut) und der Wähleranteile (relativ) 2019 und 2023 je Wahlkreis

	Affoltern	Andelfingen	Bülach
Absolut	-300	-21	+44
Relativ	-3.10%	-0.86%	-0.65%

	Dielsdorf	Dietikon	Hinwil
Absolut	+30	+214	+91
Relativ	+0.19%	+0.83%	-0.35%

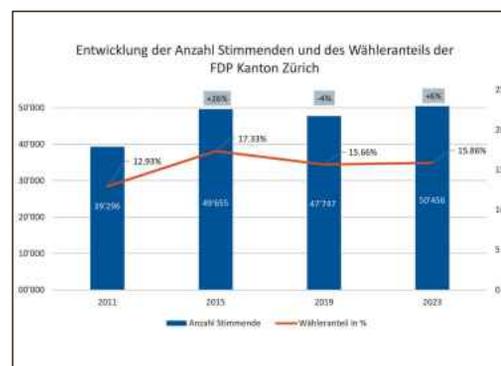
	Horgen	Meilen	Pfäffikon
Absolut	+11	+77	-35
Relativ	-0.52%	-0.29%	-0.64%

	Uster	Winterthur Land	Stadt Winterthur
Absolut	+698	+53	+347
Relativ	+1.49%	-0.03%	+1.13%

	Stadt Zürich Kreis 1 + 2	Stadt Zürich Kreis 3 + 9	Stadt Zürich Kreis 4 + 5
Absolut	+236	+345	+134
Relativ	+2.32%	+1.10%	+0.75%

	Stadt Zürich Kreis 6 + 10	Stadt Zürich Kreis 7 + 8	Stadt Zürich Kreis 11 + 12
Absolut	+208	+356	+214
Relativ	+0.15%	+1.51%	+1.03%

len Wahlen. Wir stimmen uns hierbei eng mit der FDP Schweiz ab, um Ressourcen zu schonen und Synergien zu nutzen. Mit unserer Nationalrätin Regine Sauter steht eine profilierte Politikerin in den Startlöchern, um den Ständeratssitz von Ruedi Noser für unseren Kanton Zürich zu verteidigen. Des Weiteren wird unsere Nationalratsliste an der nächsten DV verabschiedet. Die Ergebnisse der anstehenden Ständerats- und Nationalratswahlen am 22. Oktober 2023 können den Kurs der Schweiz und des Kantons Zürich als Wirtschaftsstandort in den nächsten Jahren massgeblich bestimmen: Die Altersvorsorge muss saniert, unsere Energieversorgung gesichert, unser Verhältnis zur EU geklärt, der Fachkräftemangel behoben und unsere innere und äussere Sicherheit gestärkt werden. Daran und an vielen weiteren Themen arbeiten wir!



**Liberale Grüsse,
Hans-Jakob Boesch
Parteipräsident FDP Kanton Zürich**

AGENDA

Die Details zu unseren Veranstaltungen finden Sie auf unserer Website www.fdp-zh.ch.

17. März, 18 Uhr:
Sessionsapéro

28. März, 18–19.30 Uhr:
Besuch im Gesundheitscluster Lengg und in der Schulthess Klinik, Anmeldung bis 19. März an rm@eligendo.ch

4. Mai, 18.45 Uhr:
Apéro, 19.30 Uhr. Referat:
«Die Ukraine, Putin und Xi: wie weiter?»
Restaurant Hotel Glockenhof,
Sihlstrasse 31, 8001 Zürich. Referent:
**Peter Regli, Divisionär a. D. und ehemaliger
Chef des Schweizer Nachrichtendienstes.**
Keine Anmeldung erforderlich

Eindrücke unserer Wahlfeier am 12. Februar



Peter Grünenfelder gratuliert Carmen Walker Späh.



Angeregte Diskussionen am Wahlsonntag.

Wirtschaft

Mehr Frauen in Tech-Berufe!

Der Kanton Zürich ist ein starker Innovationsstandort und sehr bedeutend für die Informations- und Kommunikationstechnik (ICT) sowie für die Banken- und die Versicherungsbranche. Der Frauenanteil in diesen Branchen ist jedoch vergleichsweise tief – mit nur gerade 31% in der ICT und 39% in der Finanzbranche. Zu diesem Schluss kommt das aktuelle Wirtschaftsmonitoring der Fachstelle Volkswirtschaft in meinem Amt für Wirtschaft und Arbeit.

Mit der Kampagne «Women in Tech» haben wir uns jetzt das Ziel gesteckt, die Zahl der Frauen in den technologischen Berufen zu erhöhen: Einerseits soll der Anteil junger Frauen steigen, die sich für Tech-Berufe begeistern. Andererseits sollten auch mehr Frauen Angebote zum Quereinstieg in Tech-Berufe nutzen.

Ansetzen werden wir insbesondere bei den Emotionen: Wir wissen, dass es bei der Wahl eines Berufes nicht nur um Fähigkeiten, sondern auch um die Frage geht, wofür unser Herz schlägt – was uns emotional anspricht. Und offenbar ist es bislang zu wenig gelungen, die Freude und Begeisterung der Frauen an Tech-Berufen genügend zu wecken.

Aber genau diese technologischen Berufsfelder werden immer wichtiger und der wissens- und innovationsbasierte Wirtschaftssektor ist für den künftigen Wohlstand von entscheidender Bedeutung. Frauen müssen deshalb deutlich stärker vertreten sein, damit sie beim nach wie vor vorhandenen Lohnunterschied aufholen und unsere Zukunft adäquat mitgestalten können. Wenn es uns gelingt, dass mehr Frauen ICT-Berufe wählen, leisten wir einen wichtigen Beitrag im Kampf gegen den Fachkräftemangel und zur Standortentwicklung. Denn der grosse Mangel an ICT-Expertinnen und -Experten schränkt die Innovationskraft und die Wertschöpfung der Zürcher Unternehmen schon heute ein.

Mehr Frauen in Tech-Berufen! Die Geschichte zeigt: Auch das ist möglich. Denn die generelle Erwerbsbeteiligung der Zürcherinnen ist erfreulicherweise massiv angestiegen. In den letzten fünf Jahrzehnten hat sie sich mehr als verdoppelt – mittlerweile liegt die Erwerbsquote bei 83%. Jetzt aber dürfen die Frauen den Anschluss bei den wichtigen Berufen der Zukunft nicht verpassen.

Carmen Walker Späh, Volkswirtschaftsdirektorin



Carmen Walker Späh

Rückblick und Ausblick

Aktuelles aus der Fraktion

Im letzten Quartal 2022 verlor die FDP-Kantonsratsfraktion mit dem Rücktritt unseres Fraktionsvizepräsidenten Hans-Peter Brunner ein gewichtiges und sehr geschätztes Mitglied. Er hat als Persönlichkeit mit Kompetenz und Erfahrung aus Wirtschaft und Gemeinwesen die klassischen liberalen Werte stets authentisch und überzeugend vertreten. Insbesondere während Corona hat er achtsam darauf geschaut, dass die Regierung den Notrechtsbegriff nicht überstrapaziert. Als Fraktionsvizepräsident waren ihm das Team und das Kämpfen für gemeinsame Ziele sehr wichtig. Für Hans-Peter Brunner ist Mario Senn nachgerückt. Mit ihm dürfen wir ein engagiertes FDP-Mitglied mit einem breiten Fähigkeitsausweis in unseren Reihen begrüssen. Mario Senn kennt die Bedürfnisse der Wirtschaft sowohl aus seiner Zeit bei der Zürcher Handelskammer als auch aus seiner Tätigkeit für das Amt für Wirtschaft und Arbeit. Parallel engagiert sich Mario schon lange als Gemeinde- und seit 2022 als Stadtrat in seiner Heimatgemeinde Adliswil. Herzlich willkommen, Mario!

Ende 2022 konnte die Kantonsratsfraktion zusammen mit unserer Regierungsrätin Carmen Walker Späh die Genehmigung der Kreditvorlage für den Innovationspark Zürich feiern. Damit wurde ein wichtiger Meilenstein für ein zukunftsweisendes Projekt erreicht, das von der FDP von Anfang an sowohl im Kantonsrat als auch national in Bern unterstützt und gefördert wurde. Mit der Kreditgenehmigung wurde der Grundstein für diesen einmaligen Innovationsstandort gelegt, wo Wirtschaft, Bildung und Forschung nicht nur zukunftsweisende Projekte entwickeln, sondern auch von der aviatischen Infrastruktur profitieren können.

Im Jahr 2019 hatte die FDP-Fraktion einen Vorstoss für den Ausbau einer CO₂-armen Infrastruktur im Kantonsrat eingereicht. Im Februar hat der Kantonsrat der Umsetzungsvorlage des Regierungsrats unter der Federführung von Carmen Walker Späh mit grosser Mehrheit zugestimmt. Mit dem Förderprogramm «Infrastruktur für eine CO₂-arme Mobilität» können Hausbesitzer/-innen und Stockwerkeigentümer/-innen befristet bis 2026



Beatrix Frey-Eigenmann

aus einem Fonds in der Höhe von total 50 Millionen Franken beim Ausbau der Grundinfrastruktur für E-Ladestationen unterstützt werden. Des Weiteren hat ein Vorstoss unserer Kantonsräte Michael Biber und Beat Habegger im Dezember erreicht, dass das Steueramt per sofort den eingespeisten Strom aus PV-Anlagen für den Eigenbedarf nach dem Netto-null-Prinzip besteuert. Dies ist ein Paradebeispiel für eine liberale Förderung der Erneuerbaren, einfach und effizient umgesetzt!

Beatrix Frey-Eigenmann, Fraktionspräsidentin

Mit Zuversicht nach vorne schauen

Die kantonalen Wahlen liegen hinter uns, die FDP hat einen engagierten Wahlkampf geführt. Nun müssen wir den Schwung mitnehmen, denn die nationalen Wahlen im Herbst werden für den Kanton Zürich bedeutend sein – und damit auch für die Schweiz. Der Kanton Zürich bietet Arbeitsplätze, Einkommen und Existenz nicht nur für Zürcherinnen und Zürcher, sondern für ganz viele andere. Er ist Standort einer der weltbesten Hochschulen und einer Universität, die in Europa führend ist. Er ist Nährboden und gewissermassen «Umschlagplatz» für gute Ideen und Pionierleistungen – heute Innovation genannt –, die nicht nur Zürcher Unternehmen zugutekommen. Zürich verbindet die Schweiz mit der Welt und steht für kulturellen Austausch. Zürich ist erfolgreich – davon profitiert die ganze Schweiz.

Doch dies ist nicht gottgegeben, keine Selbstverständlichkeit. Wir müssen Sorge dazu tragen, dass es so bleibt. Unser Kanton Zürich braucht deshalb Politikerinnen und Politiker, die sich dieser Stärken bewusst sind, die erkennen, wo diese Stärken gefährdet sind, und die diese Stärken weiterentwickeln wollen.

Der Kanton Zürich braucht sowohl Verlässlichkeit als auch Zukunftsorientierung und Fortschritt.

Er braucht Weltoffenheit und eine sichere Schweiz. Der Kanton Zürich soll gleichermaßen attraktiver Arbeits- und Wohnort sein. Er soll Chancen für geschulte Köpfe bieten, die ohne Ideologien forschen dürfen, aber auch Chancen für diejenigen, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen.

Der Kanton Zürich braucht liberale Lösungen, und für solche stehen wir Freisinnigen. Liberale Lösungen sind zwar selten bequem, und sie sind auch nicht einfach. Denn sie verlangen Einsatz, Arbeit und Verantwortung von jeder und jedem Einzelnen. Und sie verlangen den Blick auf das Gesamte: die Gesellschaft, die Wirtschaft, unser Land und vor allem auch die nächste Generation. Deshalb müssen wir nach vorne schauen und nicht selbstgenügsam auf dem Bisherigen verharren. Wir müssen gestalten, und zwar nicht mit populistischen Schnellschüssen, sondern mit Lösungen, die den Menschen Sicherheit geben.

Mein Ziel ist es, dass die Leute in unserem Kanton mit Zuversicht nach vorne schauen können. Die Freisinnigen können den Zürcherinnen und Zürchern Zuversicht geben, Schwarzmalerei gibt es schon genug. Und genau so wird es uns gelingen, im Herbst bei den nationalen Wahlen zu gewinnen. Das werden wir, wenn wir zusammen die Bevölke-



Regine Sauter

rung davon überzeugen, dass es Freisinnige sind, dies es braucht, um diesen Kanton und die Schweiz voranzubringen.

Und ich freue mich darauf, mit Ihnen gemeinsam dieses Wahljahr zu bestreiten, und danke Ihnen, wenn Sie mich dabei unterstützen.

Regine Sauter, Nationalrätin

Mobilitätsinitiative jetzt unterschreiben

Eine klare Mehrheit der Zürcher Bevölkerung lehnt generell Tempo 30 auf Hauptverkehrsachsen ab. Dies hat eine Umfrage des Forschungsinstituts GfS Bern im Auftrag der NZZ ergeben. Trotzdem prescht die Verwaltung vielerorts vor und schafft Fakten. Es ist Zeit, die Zürcher Bevölkerung zu befragen.

An der Delegiertenversammlung vom 25. Oktober 2022 hat die kantonale FDP bekanntlich einstimmig beschlossen, die Unterschriftensammlung zur Mobilitätsinitiative zu unterstützen. Diese fordert, dass auf Hauptstrassen innerorts grundsätzlich weiterhin Tempo 50 gelten soll, so wie dies die eidgenössische Verkehrsregelverordnung vorsieht. Ausnahmen sollen auf kurzen Strecken möglich sein: etwa in Orts- und Quartierzentren oder vor sensiblen Einrichtungen wie Schulen oder Spitälern. Die Mobilitätsinitiative ist nicht mit der bereits eingereichten ÖV-Initiative zu verwechseln. Die beiden Initiativen ergänzen sich aber.

Gemeinsam vorwärtskommen auf Hauptverkehrsachsen – Ruhe im Quartier

Eine funktionierende, vielfältige und bedürfnis-

gerechte Mobilität ist ein wichtiger Standortfaktor. Dabei spielen die Reisezeiten eine zentrale Rolle. Leider überwiegen in der Praxis lokale Einzelinteressen immer mehr, womit das übergeordnete Strassennetz seiner Funktionalität beraubt wird. Damit mögen Einzelne im Kleinen gewinnen, aber der Kanton als Ganzes verliert. Seine Verkehrsinfrastruktur wird entwertet auf Kosten des öffentlichen Verkehrs wie auch des Privatverkehrs. Nichts einzuwenden ist dagegen gegen Tempo 30 in reinen Wohnquartieren – heute ein anerkannter Standard.

Tempo 30 auf Hauptachsen ...

- bringt die Strassennetzhierarchie durcheinander und führt zu Schleich- und Umwegverkehr in die Wohnquartiere;
- bringt Zeitverluste und Mehrkosten – auch für den ÖV;
- verteuert Produkte und Dienstleistungen und ist nur «günstig», wenn man die volkswirtschaftlichen Kosten vernachlässigt;
- verlangsamt den Einsatz von Sanität, Feuerwehr und Polizei.



Marc Bourgeois

Die FDP setzt sich für eine ausgewogene Verkehrspolitik ein mit einem durchdachten Gleichgewicht zwischen fließendem Verkehr auf Hauptachsen, Verkehrssicherheit sowie Lärmberuhigung in Wohnquartieren. **Zum Schutz unseres bewährten Verkehrssystems bitten wir Sie deshalb, den beiliegenden Initiativbogen zu unterschreiben. www.mobilitaetsinitiative-zb.ch**

Marc Bourgeois, Kantonrat, FDP Zürich 7 + 8

Winterthur für den Wohlstand des Kantons Zürich

Vor 175 Jahren wurde die Basis für unseren modernen Bundesstaat gelegt. Erster Schweizer Bundespräsident war der Winterthurer Jonas Furrer. Er soll keineswegs begeistert gewesen sein, als er im November 1848 zum ersten Bundesrat und gleich auch noch zum ersten Bundespräsidenten gewählt wurde, und forderte, ganz in Winterthurer Bescheidenheit, zunächst Bedenkzeit, bevor er das Amt annahm. In die Zeit seiner Geburt 1805 und seiner Jugendjahre fiel die erste Industrialisierungswelle. J. J. Rieter & Cie. wurde 1795 als Handelsunternehmen für exotische Gewürze und Baumwolle gegründet. 1834 nahm Johann Jacob Sulzer mit einer kleinen Giesserei seine Tätigkeit auf. Die gewerbliche und industrielle Entwicklung nahm ihren Lauf.

Mit der massgeblich aus Winterthur geprägten Kantonsverfassung 1869 weiteten 1869 die Stimmbürger ihren Einfluss mit Volksinitiative, Referendum und Volkswahl des Regierungsrats auf die Politik aus. 1917 kam das Proporzwahlrecht des Kantonsrates dazu. Die FDP ging aus dem 1894 gegründeten Freisinnigen Gemeindeverein, der

1972 mit den Demokraten zur FDP Winterthur fusionierte, hervor. Seit bald 130 Jahren sind ihre Exponentinnen und Exponenten im Stadtparlament, im Stadtrat und in anderen Behörden wie z. B. der Schulpflege engagiert.

Heute ist Winterthur Technologie-, Bildungs- und Gesundheitsstadt und hat eine ausgezeichnete Anbindung an die Verkehrsinfrastruktur.

Die FDP konnte sowohl in den Gemeindewahlen 2022 als auch in den jüngsten kantonalen Wahlen ihren Wähleranteil um je mehr als 1,1 Prozent ausbauen.

Wir werden uns auch in Zukunft einsetzen für ...

- eine Stadt, die Wohn-, Arbeits-, Produktions- und Innovationsstadt ist;
- ein modernes Bildungssystem mit Fokus Berufsbildung, Fachhochschule und Gesundheit sowie einer eigenständigen Berufsmaturitätsschule;
- kulturelle Vielfalt und eine gezielte Förderung wie das Stadttheater, den Kunstverein, das Musikkollegium, das Fotomuseum und andere Kulturinstitutionen;
- eine moderne Verkehrsinfrastruktur mit dem



Dieter Kläy

Ausbau der A1 in Töss auf durchgehend sechs Fahrstreifen, die Verlegung der Autobahn in einen Tunnel, die Freilegung der Töss, eine Überdeckung Wülflingens sowie flankierende Verkehrs- und Begleitmassnahmen. Damit wird wichtiges Verdichtungsgebiet freigespielt.

Dieter Kläy, Kantonsrat, Präsident FDP Winterthur

Die FDP Uster hat die Volksinitiative «Nachhaltigkeit auch finanziell – Schuldenbremse für Uster» eingereicht

Deckelung der Schulden auf 70 Prozent des Gesamtertrags zum Schutz der nächsten Generationen.

Warum lanciert die FDP Uster eine Initiative zur Schuldenbremse?

Nachhaltigkeit muss ökologisch, wirtschaftlich und sozial verstanden werden. Die steigenden Schulden bedrohen den Spielraum der künftigen Generationen. Eine Schuldenbremse mit klaren Regeln kann dieser Gefahr begegnen. Unsere Schuldenbremse für nachhaltige Finanzen ist eine austarierte und massvolle Lösung. Wir sind überzeugt, dass unsere Schuldenbremse die finanzielle Lage der Stadt Uster positiv beeinflussen wird.

Was bezweckt die Initiative?

Die Initiative verlangt, dass die Gemeindeordnung der Stadt Uster um einen Absatz ergänzt wird, der festhält, dass die Stadt für nachhaltige Finanzen sorgen muss. Um dies zu gewährleisten, dürfen die Schulden gesamthaft maximal 70 Prozent des Er-

trags des letzten abgeschlossenen Rechnungsjahrs betragen. Steigen die Schulden über diese Marke, muss der Stadtrat beim nächsten Budgetjahr und bei den drei folgenden Planjahren verpflichtend aufzeigen, wie die Schulden unter dieser Marke gehalten werden können. Das Budget kann nur verabschiedet werden, wenn die Schuldenbremse eingehalten wird.

Was passiert mit zukünftigen Investitionsbedürfnissen?

Trotz Schuldendeckel kann Uster den nötigen Handlungsspielraum behalten und das Parlament Investitionen beschliessen. Sie dürfen jedoch nicht einfach mit immer mehr Schulden finanziert werden. Uster darf nicht auf Kosten zukünftiger Generationen die Schulden ungebremst wachsen lassen und auf Pump leben.

Ist Uster allein mit dem Thema Schuldenbremse?

Die Schuldenbremse hat beim Bund seit ihrer Einführung 2001 zu gesunden Finanzen und einer



international sehr tiefen Verschuldung geführt. Wie Bundesrätin Karin Keller-Sutter anlässlich ihrer Ustertagsrede 2022 ausführte, hatte der Bund nur dank der Schuldenbremse die nötigen Mittel, um auf die finanziellen Herausforderungen der Coronakrise zu reagieren. Übrigens hat nicht nur der Bund eine Schuldenbremse. Auch in anderen Städten wie Dübendorf und Aarau hat man sie bereits lanciert.

Wie geht es mit der Initiative weiter?

Voraussichtlich findet die Volksabstimmung noch dieses Jahr statt.

Energie und Wohlstand – was hat die Energiefrage mit dem Wohlstand im Kanton Zürich zu tun?

Die Versorgungssicherheit ist zurzeit ein Begriff, der in diversen Ausprägungen den politischen und den medialen Diskurs prägt. Auch die Frage der Energieversorgung gehört dazu, vor allem wegen der gesamtschweizerisch befürchteten Strommangellage im Winter 2022/23. Unser heutiger und zukünftiger Wohlstand ist direkt von der Energieversorgungssicherheit abhängig. Unternehmen und Gewerbe in der Schweiz und im Kanton brauchen eine gesicherte und bezahlbare Energieversorgung. Auch sollten der Bevölkerung bezahlbare Energiepreise gewährleistet werden können.

Das Rezept ist klar: Damit die Schweiz künftig nicht in eine akute Versorgungskrise gerät, müssen die einheimischen Energiekapazitäten ausgebaut und die Auslandimporte gesichert werden. Für diese Lösungsansätze braucht es ein klares Bekenntnis auf nationaler und kantonaler Ebene. Im Moment aber ist zu befürchten, dass das Gespenst der Strommangellage auch im nächsten Winter wieder umgehen wird. Die wesentlichen Schwächen der jetzigen Situation liegen einerseits in der Anlage der Energiestrategie 2050, im schleppenden Zubau

von erneuerbaren Energien andererseits. Mittelfristig problematisch ist auch die Abhängigkeit von ausländischen Importen, vor allem auch deren befürchtetes Wegfallen. Auf solche nationalen Fragen muss sich der Kanton Zürich einstellen; es braucht eine passende kantonale Strategie. Diese liegt mit der Energiestrategie 2022, welche der Regierungsrat im Juni 2022 verabschiedet hat, nun zwar vor. Hier wird die FDP in der Detailberatung aber griffigere Massnahmen verlangen, wie der kantonale Wärme- und Strombedarf konkret sichergestellt werden kann. Dabei gilt es, den bewährten liberalen Ansatz der Technologieoffenheit und der Marktfreiheit einzufordern. Beides sollte der Kanton als Eigentümer in die entsprechenden Strategien für Axpo und EKZ unbedingt als Erwartungen einbringen. Inhaltlich geht es darum, den schleppenden Ausbau der Solar- und der Windenergie sowie den Ausbau der Wasserkraft voranzutreiben, aber auch Investitionen in Zukunftstechnologien wie die Geothermie zu ermöglichen. Neben einem forcierten Zubau von erneuerbaren Energien braucht es unbedingt auch mehr Spei-



Barbara Franzen

chermöglichkeiten und Investitionen in die Netzstabilität. Hier ist der Kanton Zürich gefordert, denn ohne Energie keine Arbeitsplätze und kein Wohlstand!

Barbara Franzen,
Kantonsrätin, FDP Bezirk Dielsdorf

Vince Ebert ist Preisträger des Liberal Award

Bereits zum 23. Mal verliehen die Jungfreisinnigen des Kantons Zürich (JFZH) den Liberal Award. Die aktivste Jungpartei des Kantons Zürich überreicht diesen Preis jedes Jahr an Personen, die «einen namhaften Beitrag an eine liberale Gesellschaftsordnung» geleistet haben, wie es in den Satzungen des Liberal-Award-Komitees heisst. Nach Persönlichkeiten wie dem damaligen Bundespräsidenten Pascal Couchepin, WEF-Gründer Klaus Schwab, Radio- und Fernsehponier Roger Schwabinski, Bloggerin und Youtuberin Tamara Wernli oder Privatbankier Konrad Hummler wurde der «Oscar des Liberalismus» auch viermal an Personengruppen verliehen.

Für das Jahr 2022 haben die Jungfreisinnigen Kanton Zürich den deutschen Physiker, Kabarettisten und Autor Vince Ebert erkoren. Am 15. Dezember 2022 wurde der Award durch den Präsidenten der Jungfreisinnigen, Luis Deplazes, an einem festlichen Anlass überreicht. Der Event hat in einem Saal der Swiss Life Arena in Zürich Altstetten stattgefunden.

Die Zürcher Jungfreisinnigen würdigen damit die Kritik an der Energiepolitik der europäischen Staaten. Die Vision, deren Energieverbrauch vollends mit erneuerbaren Energien abzudecken, ist illusorisch. Zudem überzeugt – für einen Satiriker wenig überraschend – sein Einsatz für die Redefreiheit. Das soll aber nicht nur für Satiriker, sondern für alle gelten, davon sind die Jungfreisinnigen überzeugt. Dieselbe Meinung hat Vince Ebert mehrmals bestätigt, beispielsweise mit seinem Einsatz gegen die Cancel Culture und die Woke-Bewegung. Bekannt als Komiker, geschätzt als Kritiker: Er reflektiert und kritisiert mit scharfer Zunge und bringt Missstände auf den Punkt. In Zeiten wachsender und einschränkender Political Correctness und Cancel Culture ist ein Gegenpol mehr als willkommen.

Wir gratulieren Vince Ebert herzlich und freuen uns, einen weiteren namhaften Preisträger in der Liste des Liberal Awards zu wissen.

Luis Deplazes,
Präsident, Jungfreisinnige Kanton Zürich



Vince Ebert mit dem Liberal Award, überreicht von Luis Deplazes.

FDP Frauen im Kanton Zürich

Bilanz zu den Regierungs- und den Kantonsratswahlen

Die Regierungs- und die Kantonsratswahlen 2023 sind vorbei. Am 12. Februar sind Exekutive und Legislative im Kanton Zürich wieder für vier Jahre gewählt worden. Was ist das Fazit aus Sicht der FDP Frauen Kanton Zürich über diese Wahlen?

Als Erstes möchten wir unserer Regierungsrätin Carmen Walker Späh zur erneuten Wiederwahl ganz herzlich gratulieren. In einem schwierigen Umfeld hat sie die Wiederwahl souverän geschafft: Wir sind sehr stolz auf unsere Regierungsrätin und danken ihr ganz herzlich für den unermüdlichen Einsatz für freisinnig-liberale Anliegen – auch in der Frauenpolitik.

Bei den Kantonsratswahlen durften wir mit 68 qualifizierten, hoch motivierten FDP-Frauen auf den Listen der 18 Wahlbezirke starten. 50 Frauen sind bei uns Mitglied. Leider zeigt sich, dass die Frauen in der FDP auf den Wahllisten immer noch untervertreten sind. Zudem sollten mehr Frauen auf den vorderen Plätzen der Listen zu finden sein.

Diese Tatsache macht sich in den Wahlergebnissen bemerkbar. Mit weiterhin 12 gewählten Kantonsrätinnen bleibt der Frauenanteil in der FDP-Kantonsratsfraktion in der nächsten Legislatur 2023 bis 2027 unverändert. Im Vergleich mit den meisten anderen Parteien ist diese Anzahl unterdurchschnittlich. Insgesamt haben die Frauen auf den Listen aber gut abgeschnitten. Die Wahrscheinlichkeit, gewählt zu werden, lag bei 12 von 68 Frauen mit 17,2% doch etwas höher als bei den Männern (17 von 112 Männern mit 15,2%). Alle 12 gewählten Frauen sind bei uns FDP Frauen Kanton Zürich Mitglied. Unsere Massnahmen für die Mitglieder haben also Wirkung gezeigt.

Die FDP-Frauen haben mit einem Kick-off-Event, einem Podium mit den bürgerlichen Regierungskandidatinnen und -kandidaten unter der Moderation von Esther Girsberger, den Wahlkampf begonnen. Mit der Vorstellung der Kandidatinnen im FDP-Frauen-Bulletin und einer viel-



Gesellschaftlicher Anlass der FDP Frauen Kanton Zürich im Kunstmuseum: Wir sind nicht nur politisch aktiv, sondern pflegen auch das gesellige Beisammensein.

bachteten Social-Media-Kampagne haben wir dem weiteren Wahlkampf einen zusätzlichen Schub verliehen. Unsere Wahlkampfaktivitäten haben einen schönen Nebeneffekt: Unsere Mitgliederzahlen sind weiterhin steigend. Aktuell haben wir 248 Mitglieder. Darauf sind wir sehr stolz!

Bettina Balmer und Kamylla Lisi-Brandino,
Co-Präsidentinnen der FDP Frauen Kanton Zürich



Unsere 50 Powerfrauen bei den vergangenen Kantonsratswahlen: herzlichen Dank für den grossen Einsatz jeder einzelnen Kandidatin – das war echte Frauenpower!



Im Gespräch mit ... Trix Heberlein

Ehemalige Ständerätin, ehemalige Kantonsrätin und Gemeinderätin NRP 1998

Fragen zum politischen Werdegang:

Vor etwa 15 Jahren warst du Ständerätin und hast als FDP-Politikerin die Interessen des Kantons Zürich vertreten. Wie engagierst du dich heute in der Politik?

Ich unterstütze Kandidierende, engagiere mich bei Abstimmungskampagnen oder sammle Unterschriften für Initiativen.

Du kannst auf eine lange und erfolgreiche politische Laufbahn zurückblicken. Welcher war einer der grössten Erfolgs- oder Glücksmomente?

Die Wahl zur Nationalratspräsidentin 1998 und die damit verbundenen Aufgaben und Kontakte mit der Bevölkerung. Kurz davor erfolgte auch die Geburt meiner ersten Enkelin, ein Glücksmoment!

Was hat dich täglich motiviert, Politik zu machen?

Das Interesse an unserem Land, der Demokratie. Sie lebt vom Engagement aller Bürger, sie braucht liberale, starke Persönlichkeiten, die sich engagieren und exponieren.

Was würdest du sagen, um junge Menschen zu ermutigen, sich politisch zu engagieren?

Es ist euer Land, eure Zukunft! Nutzt die Möglichkeit, sie zu gestalten!

Was hat dich damals dazu bewogen, im Jahr 2003 für den Ständerat zu kandidieren?

Nach dem spannenden Jahr als Nationalratspräsidentin lockte mich die Aufgabe, mich für die Interessen unseres Kantons wieder aktiv engagieren zu können.

Was wünschst du dir für den Freisinn?

Überzeugende, liberale Persönlichkeiten als Vorbilder und starke Vertretungen in den Parlamenten, damit unsere Werte gelebt werden.

Fragen über Regine Sauter und zu ihrer Kandidatur für den Ständerat:

Warum ist Nationalrätin Regine Sauter die ideale Ständeratskandidatin für den Kanton Zürich?

Sie ist eine sachpolitisch versierte, beruflich gut vorbereitete und sympathische Persönlichkeit. Sie hat dies im Nationalrat bewiesen. Beruflich ist sie mit den Problemen unseres Kantons vertraut und mit Behörden und der Wirtschaft gut vernetzt.

Nationalrätin Regine Sauter kandidiert am 22. Oktober 2023 für den Sitz im Ständerat.

Welche Tipps und Tricks würdest du ihr geben, um bei den Wahlen erfolgreich zu sein?

Bleibe so, wie du bist: kompetent, natürlich und kontaktfreudig.

Was hat dich dazu bewogen, dem Komitee von Regine Sauter beizutreten?

Sie ist die geeignete freisinnige Vertretung für unseren Kanton im Ständerat.

Wir danken dir für das Interview und den Einblick! Geschäftsstelle, FDP Kanton Zürich



Steckbrief:

Trix Heberlein, Rechtsanwältin (lic. iur.) und Mutter von zwei Töchtern, war von 1979 bis 1991 Kantonsrätin des Kantons Zürich. Von 1984 bis 1995 amtierte sie zudem als Gemeinderätin in Zumikon. Im Anschluss an ihren Einsatz im Kantonsrat vertrat sie von 1991 bis 2003 die liberalen Werte im Nationalrat und amtierte im Jahr 1998 als dessen Präsidentin. Von 2003 bis 2007 vertrat sie die Interessen des Kantons Zürich als Ständerätin. Sie war zudem von 1998 bis 2014 Präsidentin der Stiftung von Swisstransplant.

Präzisionstechnik wie in der Uhrmacherei gehört zu den Stärken der Schweizer Industrie. Foto: iStock/HQuality Video



Für Wohlstand und Unternehmertum

Die FDP schärft ihr Profil als Wirtschaftspartei

Die Delegierten der FDP Schweiz haben an der letzten Delegiertenversammlung in Dübendorf ein neues Wirtschaftspapier verabschiedet, das auf drei Säulen basiert. In der vorliegenden Kurzfassung sind die wichtigsten Eckpunkte und Forderungen zusammengefasst.

Das Erfolgsmodell Schweiz hat massgeblich dazu beigetragen, dass die Schweizer Bevölkerung im internationalen Vergleich über einen sehr hohen Wohlstand verfügt. Doch dieses Erfolgsmodell ist unter Druck: Krisen und Machtverschiebungen stellen die Schweiz vor zahlreiche Herausforderungen. Der Druck kommt aber nicht nur von aussen, auch innenpolitisch sieht sich die liberale Wirtschaftsordnung der Schweiz immer neuen Angriffen ausgesetzt. Der Handlungsbedarf ist akut: Der Wirtschaftsstandort braucht mehr gut ausgebildete

Fachkräfte und weniger lähmende, komplizierte Administrativprozesse. Eine offene Volkswirtschaft wie die Schweiz benötigt ausserdem stabile Handelsbeziehungen mit globalen Märkten und insbesondere den wichtigsten Handelspartnern in Europa. Damit der Schweizer Wohlstand auch morgen Bestand hat, müssen liberale Prinzipien wegleitend sein: Eigenverantwortung anstatt staatlicher Bevormundung, Anreize statt Verbote, Marktwirtschaft anstelle staatlicher Eingriffe und mehr Freihandel, dafür weniger Protektionismus.

QR-Code
scannen
und das
Wirtschafts-
papier in voller
Länge lesen.



Administrative Prozesse müssen vereinfacht und digitalisiert werden. Foto: iStock/fermate



Wirtschaftliche Dynamik und qualifizierte Arbeitskräfte sicherstellen

Der Fachkräftemangel in der Schweiz wird sich aufgrund der hohen Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften, des anhaltenden Trends zur Akademisierung und langfristig infolge des demografischen Wandels weiter zuspitzen. Eine Modernisierung und eine Flexibilisierung des Arbeitsmarkts und des Arbeitsrechts sind notwendig. Auch bei den behördlichen Prozessen gibt es grossen Handlungsbedarf. Die FDP fordert, dass administrative Prozesse digitalisiert und nach Möglichkeit vereinfacht werden. Letzteres gilt insbesondere für die Mehrwertsteuer, bei der ein Einheitssatz überfällig wäre.

Um unsere Unternehmen vor unnötigen Regulierungskosten zu schützen, gibt es eine wirksame FDP-Lösung: die Regulierungsbremse. Analog der Schuldenbremse sollen damit Regulierungen, die Unternehmen besonders stark belasten würden, im Parlament einem qualifizierten Mehr unterstellt werden.

Um das inländische Potenzial von Arbeitskräften auszuschöpfen, braucht es eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Dies ist mit einer Stärkung der ausserfamiliären Betreuungsstrukturen, der Einführung der Individualbesteuerung sowie einem flexiblen Arbeitsrecht zu erreichen.

Auch bei der Rekrutierung von Arbeitskräften aus Drittstaaten verlangt die FDP Verbesserungen. Die Aufteilung der Kontingente nach Kantonen stellt eine Zusatzhürde dar. Eine einfache Rekrutierung, die sich nach dem Bedarf der Wirtschaft orientiert, ist unabdingbar.

Der Rheinhafen Basel ist ein wichtiger Zugang zu den internationalen Märkten. Foto: Patrik Walde



Internationale Marktzugänge sichern und ausbauen

Als offene Volkswirtschaft und exportorientiertes Land ist die Schweiz auf verlässliche Beziehungen und einen möglichst diskriminierungsfreien Zugang zu den Weltmärkten angewiesen. Deswegen müssen Zölle und weitere nicht tarifäre Handelshemmnisse abgeschafft und neue

«Zölle abschaffen – neue Freihandelsabkommen abschliessen.»

Freihandelsabkommen abgeschlossen werden. Nur so kann die Schweiz im globalen Wettbewerb bestehen.

Mit der EU, unserem wichtigsten Handelspartner, braucht es eine Weiterentwicklung der bilateralen Beziehungen und Kooperationen bei gegenseitigem Interesse, namentlich im Bereich von Forschung, Bildung, Sicherheit und Migration sowie Strom. Die politische Eigenständigkeit der Schweiz muss dabei gewahrt bleiben.

Anstelle staatlicher Hilfen soll die Eigenverantwortung der Unternehmen gestärkt werden.

Foto: iStock/AnnaStills



Ansprüche an den Staat reduzieren und Eigenverantwortung fördern

Krise, Krise und nochmals Krise: Das Wort geht vielen immer leichter von den Lippen. Wer Krise ruft, der will Hilfe und Geld vom Staat. Mit dem Ausbau der Hilfen wird jedoch das freiheitliche Modell der Schweiz eingeschränkt. Hier muss

«Strenge Einhaltung der Schuldenbremse.»

Gegensteuer gegeben werden. Dem Trend zum Sozialausbau und zur Erhöhung der Staatsquote ist Einhalt zu gebieten, weil Privilegien einfacher gewährt als entzogen werden können. Zudem ist bei der Vergabe von Staatsgeldern zwischen Bedürftigkeit und Anspruchshaltung zu unterscheiden.

Gerade in Krisensituationen ist es unabdingbar, dass ein finanzpolitischer Spielraum besteht, der die Handlungsfähigkeit des Bundes nicht einschränkt. Dafür braucht es auch in Zukunft eine strenge Einhaltung der Schuldenbremse. Zu einer verantwortungsvollen Finanzpolitik gehört auch die Unabhängigkeit der Nationalbank.

Unabhängig von der Art der Krise ist ein Eingriff durch den Staat nur als Ultima Ratio vertretbar. Die FDP setzt auf Eigenverantwortung und nachhaltigere Reformen anstatt auf kurzfristige Konjunkturpakete. Die Anreize müssen zudem so gestaltet sein, dass Unternehmen für sich selbst schauen können und wollen.



175 Jahre Bundesverfassung

Freisinniger Grundstein für eine starke Schweiz

Vor 175 Jahren erarbeiteten 23 radikal-liberale Kantonsvertreter die Bundesverfassung und schufen den modernen liberal geprägten Bundesstaat. Autor und Journalist Rolf Holenstein kennt die Entstehungsgeschichte der Bundesverfassung wie kein Zweiter. Für den «Freisinn» schreibt er exklusiv über die wichtigsten Wochen der Schweizer Geschichte und welche wichtige Rolle die Vorläufer der FDP spielten.

Die ersten stabilen, bis zum heutigen Tag bestehenden Demokratien in Europa sind die schweizerischen Kleinstaaten, die Kantone, die sich zur Zeit der französischen Juli-Revolution von 1830 neue Verfassungen geben. Ihre Existenzberechtigung beziehen sie aus dem Prinzip der Volkssouveränität.

Damit kollidieren sie mit den fünf Grossmächten, mit der «göttlichen Ordnung» und dem monarchischen Prinzip, das besagt, dass nur ein Monarch legitimer Souverän sein kann. Daraus leiten die Grossmächte das Recht zur Intervention gegen liberale, demokratische und nationale Bestrebungen ab.

Zum Vorbild für die mitteleuropäischen liberalen Bewegungen entwickelt sich die Schweiz trotzdem. Für Europas liberale Minderheiten ist sie progressive Schrittmacherin, für die konservative Elite ein hochgefährlicher demokratisch-liberaler

Ansteckungsherd, der Tausende von deutschen Untertanen (so die offizielle Bezeichnung) in Versuchung führt.

Ochsenbeins prägende Ansprache

Die liberaldemokratischen eidgenössischen Stände sind also eine europäische Anomalie. Eine zunehmend selbstbewusste, wie der 5. Juli 1847 lehrt. Es ist der Tag, an dem Tagsatzungs- und Bundespräsident Ulrich Ochsenbein seine je nach Standpunkt berüchtigte oder berühmte Ansprache zur Eröffnung der ordentlichen Tagsatzung des Jahres 1847 hält. Ochsenbein diagnostiziert eine durch neue Erkenntnisse in Wissenschaft und Technik veränderte geistige und materielle Welt und daneben eine politische Welt, die nicht Schritt hält. Hierauf positioniert er die Schweiz auf einer höheren Legi-

timitätsstufe als die europäischen Mächte. Mit der Begründung, dass in den Kantonen bereits Realität sei, was «anderwärts als höchstes Ziel erst noch angestrebt» werde: das «ewig und einzig wahre Prinzip der Volkssouveränität» und «die politische Gleichheit aller Staatsbürger». Das mache die Schweiz und ihre Einwohner zur Nation. Und diese Nation werde einen demokratischen Gesamtstaat auch gegen das ausdrückliche Verbot der Grossmächte errichten. Denn diese hätten kein Recht, ihr das zu verbieten. Schliesslich sagt er den Grossmächten den baldigen Zusammenbruch aus innerer Fäulnis voraus.

Liberal-radikaler Sieg im Sonderbundkrieg

Im November 1847 kommt es zum Sonderbundskrieg zwischen den liberal-radikalen und den katholisch-konservativen Kantonen. Die Grossmächte unterstützen Letztere, aber nicht militärisch – weil sie Aufstände im eigenen Land befürchten. Die Konservativen wollen am Status quo festhalten, namentlich an der Bestimmung, dass sämtliche Kantone im obersten Staatsorgan die gleiche Stimmkraft haben, für Uri (15 000 Einwohner) eine Stimme, für Bern (450 000 Einwohner) ebenfalls. Das würde einen künftigen demokratischen Gesamtstaat verunmöglichen. Das ist der Kriegsgrund.

Nach einem knappen Monat erkämpfen sich die Liberal-Radikalen den Sieg im Sonderbundskrieg. Er erlaubt ihnen zu tun, was sie seit Jahren wollen: aus dem losen Staatenbund von 1815 einen Gesamtstaat machen. Ob Zweikammerbundesstaat oder Einheitsstaat mit Auflösung der Kantone, das allerdings ist innerhalb der Liberal-Radikalen noch umstritten.

Revolutionen in Europa

Der Neubau der Schweiz beginnt am 17. Februar 1848, 9 Uhr, im Rathaus des Äusseren Standes zu Bern. 23 Kantonsvertreter versammeln sich zur Bundesrevisionskommission. Es dominieren Juristen, Kaufleute, Mediziner und Industrielle. Also die klassisch zum radikal-liberalen Lager neigenden Berufskategorien. Die Kommission wird von Tagungs- und Bundespräsident Ochsenbein geleitet.

Da geschieht Unglaubliches, fünf Tage nach Arbeitsbeginn der Kommission. Was Präsident Ochsenbein vorausgesagt hat, tritt ein: Europa brennt! In Frankreich beginnt es mit der Februarrevolution. Binnen Monatsfrist befinden sich an die vierzig Staaten im revolutionären Umbruch. Throne wanken, Könige und Minister stürzen, Frankreichs König Louis-Philippe als Erster. Auch Metternich in Österreich.

Die Schweiz befindet sich inmitten eines vulkanisch brodelnden Staatenmagmas. Niemand kann wissen, was daraus wird. Wird man es mit friedlichen Republiken zu tun haben? Oder kommen die Könige und andere Machthaber wieder zurück?

Die Situation fordert dem Land Jahrhundert-Entscheidung ab: Es ist ein neuer Staat zu erfinden – und dieser noch gar nicht existierende Staat in einem brennenden Europa zu positionieren.



Ulrich Ochsenbein war Präsident der Revisionskommission. Foto: Burgerbibliothek Bern, Gr. B. 1647

Libérale Schwerpunkte für den neuen Bundesstaat

Die 1847/48 erfolgreichen politischen Akteure der Eidgenossenschaft sind die Liberal-Radikalen, die Vorläufer des späteren Freisinns. Und davon vor allem jene, die sich 1848 als Mitglieder der Bundesrevisionskommission in Bern aufhalten – die meisten Kantone haben ihre obersten Magistraten in die Kommission geschickt. Und diese legen die zukunftsentscheidenden Parameter fest: demokratischer Zweikammer-Bundesstaat als neue Staatsarchitektur und bewaffnete Neutralität als Verteidigungsinstrument ausserhalb der Verfassung.

Historische Bedeutung als Verfassungsschöpfer und aussenpolitischer Kopf darf Ochsenbein für sich beanspruchen. Historisch erfolgreich operierten auch die liberalen Katholiken, indem sie Präsident Ochsenbein vertrauten und den Zweikammer-Bundesstaat als historischen Kompromiss zugunsten sowohl der katholischen Kantone als auch der ganzen Eidgenossenschaft erkannten. Und ihm zum Leben verhalfen.

Die Bundesrevisionskommission von 1848 ist die wichtigste Kommission, die die Schweiz je gehabt hat. In nur gerade 51 Tagen und 31 Sitzungen erarbeitet sie unter Ochsenbein einen derart perfekten Verfassungsentwurf, dass sowohl Kantonalinstanzen als auch die Tagsatzung nur bescheidene Retuschen anbringen. Am 12. September 1848 erklärt sie die Bundesverfassung zum neuen Grundgesetz.

So haben die Vorfäter des Freisinns 1848 die Schweiz verändert:

- Die Verfassung von 1848 bringt das demokratische Prinzip auf Bundesebene und organisiert einen Bundesstaat mit repräsentativer Demokratie und zwei direktdemokratischen Elementen: Verfassungsinitiative und obligatorisches Verfassungsreferendum.
- Es entsteht ein föderalistisches Zweikammersystem mit National- und Ständerat.
- Sechs Bundesräte und ein Bundespräsident bilden die Exekutive.
- Es wird ein Bundesgericht geschaffen.
- Die Aussenpolitik wird Bundessache.
- Es entsteht ein Bundesheer.
- Ein einheitlicher Wirtschaftsraum wird geschaffen: durch Transfer der Binnenzölle an die Aussen Grenze, einheitliche Währung, einheitliches Mass und Gewicht, freie Niederlassung.
- Individual- und politische Freiheitsrechte sind gewährleistet.
- Der Bund kann öffentliche Werke und eine Hochschule errichten.
- Die Förderung der gemeinsamen Wohlfahrt wird Bundeszweck.
- Zur Gewährleistung der Kantonsverfassungen werden Mindeststandards festgelegt.

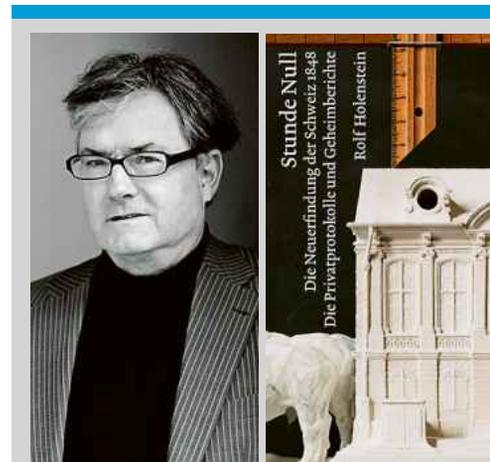


Im heutigen Restaurant zum «Äusseren Stand» wurde die Verfassung geschrieben. Foto: zfv

Die Bundesverfassung von 1848 markiert den Start einer Erfolgsgeschichte, die bis heute anhält. Schattenseiten sind das fehlende Frauenstimmrecht und die späte Judenemanzipation.

Der Schweizer Staatsgründungsakt ist eine hochbedeutende Errungenschaft für die Eidgenossenschaft – aber nicht nur für sie. Er ist auch ein europäischer Wurf. Denn der Bundesstaat von 1848 ist die einzige demokratische Republik in Europa, und das für sehr lange Zeit.

Rolf Holenstein



Rolf Holenstein

Geboren 1946 in Frauenfeld, ist historiografischer Publizist. Er ist Autor der Bundesratsbiografie «Ochsenbein» und des Buches «Stunde Null». Darin zeichnet Holenstein anhand der Privatprotokolle der Teilnehmer nach, wie die Bundesverfassung im Jahr 1848 entstanden ist. Beide Werke sind im Echterzeit Verlag erschienen und im Buchhandel erhältlich.

Karin Keller-Sutter ist seit Anfang 2023 Finanzministerin. Foto: Keystone / Alessandro della Valle



«Es geht nicht nur um Zahlen, sondern um die Stabilität der Schweiz»

Bundesrätin Karin Keller-Sutter über ihre neue Aufgabe

Nach vier Jahren an der Spitze des Justiz- und Polizeidepartements leitet Bundesrätin Karin Keller-Sutter seit Januar das Eidgenössische Finanzdepartement. Die Herausforderungen sind zahlreich: die Auswirkungen der internationalen Unsicherheiten auffangen, die OECD-Mindeststeuer umsetzen und eine Schuldenbremse-konforme Finanzpolitik sicherstellen.

Fühlen Sie sich in Ihrem neuen Büro und in der Welt der Zahlen schon zu Hause?

Was die geografische Verschiebung betrifft, kann ich Sie beruhigen: Der Bernerhof befindet sich nur wenige Meter vom Bundeshaus West entfernt, in dem ich vorher war (lacht). Im Ernst: Wir befinden uns in einer schwierigen finanziellen Situation und in einem äusserst volatilen Umfeld. Seit 2020 reiht sich in Europa eine Krise an die andere. Umso wichtiger ist es, dort Stabilität und Verlässlichkeit zu schaffen, wo das möglich ist. Und dazu gehört eine solide Finanzpolitik. Sie ist mehr als Zahlenschieberei! Und hier ist der Auftrag für die Finanzministerin mit der Schuldenbremse klar. Ausgaben und Einnahmen müssen im Gleichgewicht stehen – so wie das in jedem Privathaushalt der Fall ist. Ein Budget, das sich nicht an diese Regel hält, ist verfassungswidrig.

Die finanzpolitischen Abwägungen sind komplex. Jeder denkt, dass seine Aufgabe die wichtigste ist. Was ist die «Methode Keller-Sutter», um diese gemeinsamen Anstrengungen zu erreichen?

Es braucht einen nüchternen Blick auf die Fakten und eine gewisse Opfersymmetrie. Es zeichnen sich für die nächsten Jahre strukturelle Defizite von mehreren Milliarden ab. Hauptgrund sind nicht etwa sinkende Einnahmen, sondern steigende Ausgaben: Das Parlament hat zusätzliche Ausgaben beschlossen, die nicht gegenfinanziert sind. Mit Kosmetik ist das nicht zu korrigieren. Darum müssen alle Aufgabengebiete einen Beitrag leisten.

Wird der Ernst der Lage in Bundesbern erkannt?

Der Bundesrat ist sich dessen sehr bewusst. Gleich nach meinem Amtsantritt Anfang Januar haben wir mit sämtlichen Departementen das Gespräch

geführt und mögliche Massnahmen diskutiert. Basierend auf diesen Diskussionen hat der Bundesrat Ende Januar wichtige Richtungsentscheide zum Voranschlag 2024 gefällt und Mitte Februar die Weisungen dazu verabschiedet.

In den freisinnigen Reihen bereiten die Entscheide zu den Armeeaussgaben Sorgen: Wird inmitten eines Krieges in Europa die Sicherheit auf dem Altar der Haushaltsdisziplin geopfert?

Nein, das trifft nicht zu. Im Gegenteil. Die Armeeaussgaben werden sogar stark wachsen, einfach langsamer, als es noch im Finanzplan 2024 bis 2026 vorgesehen war. Konkret: Für das Jahr 2024 ist ein Armeebudget von gut 5,6 Milliarden Franken vorgesehen und auch für die Finanzplanjahre 2025 bis 2026 ist ein reales Wachstum von jährlich 3 Prozent geplant. Das ist doppelt so viel wie in den letzten Jahren.

Im Zuge der Covid-Krise hat man den Eindruck, dass es keine Grenzen mehr gibt, wenn es darum geht, den Staat um Hilfe zu bitten. Man spürte eine «No limit»-Stimmung.

Diesen Eindruck habe ich manchmal auch. Es ist verständlich, dass im Kontext der Pandemie die Ansprüche an den Staat gestiegen sind. Es ist nun aber Zeit, zur bewährten nachhaltigen Finanzpolitik zurückzukehren, damit wir auch in künftigen Krisen handlungsfähig bleiben. Die Finanzkrise, die Corona-Pandemie und jetzt auch die Auswirkungen des Ukrainekrieges konnten nur dank einer soliden Finanzpolitik bewältigt werden. Wir wissen nicht, was als Nächstes kommt und wann es kommt. Deshalb müssen wir den Haushalt rechtzeitig sanieren.

Nach den ersten Monaten im EFD steht schon die Abstimmung über die OECD-Mindeststeuer an – ein Projekt zur Steuerharmonisierung. Hätten Sie sich nicht ein anderes Thema gewünscht, das mehr dem Geist der FDP entspricht?

Dass Mindeststeuern kein urliberales Rezept sind, ist offensichtlich. Für unser Land stellen sich aber wichtige Fragen: Wie schaffen wir Stabilität in einem schwierigen internationalen Umfeld? Wollen wir Steuereinnahmen in der Schweiz sichern? Oder wollen wir zusehen, wie sie im Ausland abgeschöpft werden? In diesem Sinne ist das Ja zur Vorlage an der FDP-Delegiertenversammlung vom Januar besonders erfreulich. In einem Umfeld voller Unwägbarkeiten brauchen wir Stabilität, Rechtssicherheit und Glaubwürdigkeit.

Carmen Walker Späh feiert mit Blumen und freisinnigen Mitstreitern die Wiederwahl in den Zürcher Regierungsrat.

Der Baselbieter FDP-Präsident Ferdinand Pulver beglückwünscht Monica Gschwind zu ihrer Wiederwahl in den Regierungsrat des Kantons Baselland.



Erfolgreicher Jahresauftakt

Die FDP legt in Zürich und Baselland zu

Die FDP setzt ihren Aufwärtstrend bei den kantonalen Wahlen in Zürich und Baselland fort. Die Präsidenten Hans-Jakob Boesch (ZH) und Ferdinand Pulver (BL) blicken auf einen intensiven Wahlkampf zurück und erläutern, wie sie den Erfolg bei den eidgenössischen Wahlen im Oktober wiederholen wollen.

Das Super-Wahljahr 2023 hat aussergewöhnlich früh begonnen. Bereits am 12. Februar wurde die Bevölkerung in den Kantonen Zürich und Baselland an die Urne gerufen, um Regierung und Parlament neu zu besetzen. Für die Parteien und Kandidierenden bedeutete dies einen kurzen, aber intensiven Wahlkampf bei tiefen Temperaturen. Für die Freisinnigen in Zürich und Baselland waren dies immerhin gute Voraussetzungen, das liberale Feuer lodern zu lassen.

Im Kanton Zürich gewann die FDP 0,2 Prozent hinzu und verteidigte die bestehenden 29 Sitze im Kantonsrat. Regierungsrätin Carmen Walker Späh wurde problemlos wiedergewählt, Peter Grünenfelder hingegen gelang es nicht, die Phalanx der Bisherigen zu knacken. Hans-Jakob Boesch, Präsident der FDP Zürich, zeigt sich mit dem Wahlausgang grundsätzlich zufrieden: «Wir konnten unseren Wähleranteil bei höherer Wahlbeteiligung steigern. Das zeigt, dass die Mobilisierung gelungen ist.» So konnte die FDP in absoluten Zahlen klar mehr Wählerinnen und Wähler erreichen als vor vier Jahren (plus 2709 bzw. plus 5,7 Prozent) und hat heute mit 50456 Wählerinnen und Wählern sogar den Stand von 2015 übertroffen (49655). Allerdings konnte die FDP nicht in allen Wahlkreisen zulegen, sondern hat teilweise auch Wählerin-

nen und Wähler verloren. Und die SVP und die SP haben klar besser mobilisiert, als dies die Umfragen vorhergesagt haben, während die neue Protestpartei «Aufrecht/Freie Liste» aus dem Stand 2,15 Prozent Wähleranteil erreichte. «Diese Punkte werden wir im Vorstand und mit den Bezirksparteipräsidien noch genauer anschauen und analysieren, was wir besser machen können und was wir von den anderen lernen können. Ziel ist es, die Mobilisierung weiter zu verbessern und noch mehr Leute davon zu überzeugen, FDP zu wählen.»

Volkspartei FDP

Auffallend an den Kantonsratswahlen war, dass die Polparteien SP und SVP hauptsächlich in den Städten (die SP) und auf dem Land (die SVP) gewonnen haben und im gegensätzlichen Raum verloren haben. «Das macht mir aus staatspolitischer Sicht Sorge», sagt Boesch. Die FDP sei mittlerweile die einzige grössere Partei, die gleichmässig im Kanton vertreten ist. Auch im Kantonsrat präsentiert sich nach den Wahlen eine klare Trennlinie. Die Linke hat eine Mehrheit von nur gerade einer Stimme, was viel Unberechenbarkeit verspricht. «Wir werden der Linke genau auf die Finger schauen. Wenn sie überbordert, sind Referendumsabstimmungen garantiert», kündigt Boesch an.

Zuwachs in Baselland

Auch im Baselbiet lässt sich bilanzieren: Der Einsatz hat sich gelohnt. Im Kanton Baselland legte die FDP um 1 Prozent zu und bleibt souverän drittstärkste Partei im Landrat. Regierungsrätin Monica Gschwind schaffte ungefährdet die Wiederwahl. Ferdinand Pulver, Präsident der FDP Baselland, zieht daher ein positives Fazit: «Es ist natürlich schade, dass uns kein Sitzgewinn gelungen ist. Vor vier Jahren hatten wir etwas Proporz-Glück und jetzt konnten wir die 17 Sitze problemlos bestätigen. Das zeigt, dass die Richtung stimmt.» Pulver war es ein grosses Anliegen, dass die FDP persönlich wahrgenommen werde. Ein Wahlkampf nur mittels Social Media und Briefen sei zu wenig. Folglich markierten die Baselbieter Freisinnigen in den Dörfern, Agglomerationen und Kleinstädten des Kantons Präsenz und kämpften um die Gunst der Bevölkerung. «Es braucht Ausdauer, bei tiefen Temperaturen auszuhalten und den Kontakt zu den Leuten zu suchen. Doch unsere Kandidierenden und die vielen Helfer haben das toll gemacht», lobt Pulver.

Auch die Wirksamkeit des Engagements war deutlich zu erkennen. In jenen Wahlkreisen, in denen die Ortsparteien einen besonders grossen Effort leisteten, gewann auch die FDP. Für Pulver ist das ein guter Indikator im Hinblick auf die eidgenössischen Wahlen im Oktober: «Das zeigt, dass wir noch ungenutztes Potenzial haben, das wir mobilisieren wollen.»

Marco Wölfli



Sicherheit geht uns alle an

Vorstellung der Service-Citoyen-Initiative

Ende April 2022 wurde die Unterschriftensammlung der Initiative für eine engagierte Schweiz (Service-Citoyen-Initiative) lanciert. Im Initiativkomitee engagieren sich unter anderem die FDP-Fraktionsmitglieder Nationalrätin Maja Riniker, Nationalrat Rocco Cattaneo und Ständerätin Johanna Gapany. Hier geben sie einen Überblick über die Initiative.

Aktuelle Zahlen zeigen, dass gerade nur ein Drittel aller Jugendlichen (Männer und Frauen zusammengefasst) Militärdienst, Zivildienst oder Zivilschutz leistet. Die Schlussfolgerung, dass zwei Drittel nichts für ihr Land tun, liegt nahe, stimmt aber nicht. Die Schweiz basiert auf dem Milizgedanken, und diejenigen, die keinen Militärdienst leisten, engagieren sich in anderen Bereichen wie zum Beispiel in der freiwilligen Feuerwehr oder der Lokalpolitik – zumindest in der Theorie. Tatsächlich fehlt aber vielen die Möglichkeit, sich bewusst für unsere Gemeinschaft einsetzen zu dürfen. Genau da setzt die Service-Citoyen-Initiative an. Sie will das Milizengagement zum Teil der Grundausbildung für alle machen.

Neue Herausforderungen und traditionelle Risiken

Bisher wurden Reformen der Wehrpflicht nur mit Fokus auf die Armee diskutiert. Dabei ist es wichtig, dass die künftigen Sicherheitsbedürfnisse ins Zentrum rücken. Der Krieg in der Ukraine zeigt leider, dass es traditionelle Methoden weiterhin braucht und die Existenz eines Volkes davon abhängen kann, ob es sich mobilisieren und verteidigen kann. Aber ebenso bedrohlich sind Klimawandel, Pandemien und Polarisierung. Das geht uns alle was an. Mit der Service-Citoyen-Initiative geht die

Schweiz von einer rein männlichen, militärischen Dienstpflicht zu einem bürgerschaftlichen Engagement für alle über. Sie konkretisiert die Gleichstellung in der Praxis, schützt und stärkt unser Land, weil sie auf das Potenzial aller setzt.

Service-Citoyen-Initiative

Die Service-Citoyen-Initiative fordert, dass jede und jeder einmal im Leben einen Einsatz zugunsten von Gesellschaft und Umwelt leistet – sei es Militärdienst, Zivildienst, Zivilschutz oder ein anderes Milizengagement. Die Initiative wird von verschiedenen FDP-Exponenten und FDP-Sektionen unterstützt. Wenn die Initiative zustande kommt, wird die FDP Schweiz eine Parole fassen. Das Initiativkomitee hat bis am 25. Oktober 2023 Zeit, um 100 000 gültige Unterschriften zu sammeln.

Mehr Informationen:



Meinungen und Voten der Initianten von der FDP:



Seit fast drei Jahren löst eine Krise die nächste Krise ab. Wir erleben eine grosse Solidarität untereinander, aber auch von den Personen, die uns unterstützen, wenn wir Hilfe benötigen. Es sollte für jede Person in unserem Land eine Selbstverständlichkeit sein, sich für die Gesellschaft zu engagieren und dort zu helfen, wo die Bevölkerung Bedarf hat.

Maja Riniker, Nationalrätin AG



Unter der Kuppel des Bundeshauses steht: «Einer für alle, alle für einen». Dieses Motto prägt unsere Kultur und unser Handeln seit der Gründung des Bundesstaates. Dazu gehört auch der Milizgedanke, der unsere Gesellschaft verbindet. Frauen und Männer in einem Bürgerdienst für Sicherheit und Freiheit – darum geht es bei dieser Initiative.

Rocco Cattaneo, Nationalrat TI



Zahlreiche Menschen engagieren sich in unserem Land, der lebendige Milizgedanke ist eine Stärke der Schweiz. Individuelles Engagement ist selbstverständlich wichtig, aber manchmal braucht es auch gemeinsame Anstrengungen, um die Herausforderungen eines Landes zu bewältigen. Ich sehe den Bürgerdienst auch als Chance, wenn es darum geht, die Militärdienstpflicht auf Frauen auszuweiten. Die Armee braucht Mittel und Unterstützung, um diesen Wandel zu vollziehen.

Johanna Gapany, Ständerätin FR

Diese Voten sollen zeigen, dass die Service-Citoyen-Initiative mehr ist als eine blosse Reform: Sie ist ein Versprechen an künftige Generationen. Und sie ist die Garantie, dass die Bürgerpflicht künftig nicht nur von einem Drittel der Bevölkerung, sondern von einer grossen Mehrheit mit Stolz wahrgenommen wird.

**Johanna Gapany, Ständerätin FR
Maja Riniker, Nationalrätin AG
Rocco Cattaneo, Nationalrat TI**



Lösungen statt Populismus

Ausblick auf die Frühlingssession

Altersvorsorge, Waffenexporte und Energie stehen im Zentrum der Frühlingssession. Die FDP will mit liberalen Lösungen punkten und hat mit Gegenwind von unerwarteter Seite zu kämpfen.

Es liegen grosse Herausforderungen vor uns. Für die Schweiz gilt das in vielerlei Hinsicht für die Altersvorsorge, die – wenn es so weitergeht – auf eine Wand zufährt. Die Menschen werden immer älter, doch die Parameter der Renten werden nicht oder nur sehr schleppend an die neuen Realitäten angepasst. Umso wichtiger ist, dass die FDP hier Gegensteuer gibt. Voraus gehen die Jungfreisinnigen, die eine Volksinitiative eingereicht haben, um das Rentenalter der AHV an die Lebenserwartung anzugleichen. Der Ständerat wird sich in den kommenden Wochen zum ersten Mal mit der Renteninitiative beschäftigen.

Das Parlament hat nicht nur die erste Säule auf dem Stundenplan. So geht die Reform der beruflichen Vorsorge in die entscheidende Runde. Auch die zweite Säule gilt es, aus der Schieflage zu befreien und langfristig zu sichern. Das wichtigste Mittel dafür ist die Senkung des Umwandlungssatzes. Denn im Obligatorium der beruflichen Vorsorge ist das gesetzliche Minimum der Jahresrente mit 6,8 Prozent des Kapitals viel zu hoch. Pro 100 000 Franken Kapital muss damit die Rente mindestens 6800 Franken im Jahr betragen. Die Menschen werden aber immer älter und die Zinsen sind in den vergangenen Jahrzehnten deutlich gesunken. Resultat:

eine jährliche Umverteilung von rund 5 Milliarden Franken der arbeitenden Bevölkerung zu den Rentenbezüglern. Ebenfalls muss es dem Parlament gelingen, den Koordinationsabzug und die Eintrittsschwelle zu senken, damit Teilzeitarbeitende und Geringverdiener mehr Kapital ansparen, um künftig höhere Renten zu beziehen.

Diese Fakten müssten eigentlich auch die politischen Gegner sehen. Doch statt Hand für einen Kompromiss zu bieten, führen sich SP und Gewerkschaften wie Kindergartenkinder auf und stellen Forderungen, die den Kern der zweiten Säule – das Sparen für sich selber – auszuhöhlen drohen. Schlimmer noch: Die Linke versucht, statt die Finanzierung der Renten zu sichern, weitere systemfremde Umverteilungen einzubauen.

Viel Aufwand, wenig Wirkung

Hand für solche Spiele bietet auch die Mitte. Die ehemalige CVP wird auch in der Frühlingssession Anschauungsunterricht für Populismus mit Linksdrall liefern. So will die Mitte zusammen mit SP und Grünen einen Teuerungsausgleich für die AHV-Rentner durchboxen. Dabei gibt es dafür einen Mechanismus, der die Renten automatisch an die Inflation und die Lohnentwick-

«Die Reform der beruflichen Vorsorge geht in die entscheidende Runde.»

lung anpasst. Die Bilanz der Feuerwehrrüfung: 20 Rappen mehr am Tag für AHV-Rentner und eine salzige Rechnung von 350 Millionen Franken für uns alle. Die FDP ist für solche Spielchen nicht zu haben und wird versuchen, diesem Unsinn ein Ende zu bereiten – allenfalls unter Mithilfe von einigen vernünftigen Kantonsvertretern der Mitte.

Doch nicht nur die Zukunft der Renten gilt es zu sichern. Im Nationalrat wird der sogenannte Mantelerlass beraten. Diese Gesetzesvorlage soll nichts weniger als die Zukunft der Schweizer Stromversorgung in den kommenden Jahren sichern. Wie wichtig das ist, hat nicht zuletzt der vergangene Herbst gezeigt, wo es alles andere als sicher war, dass die Schweiz für den ganzen Winter genug Strom hat. Die FDP will hier Gegensteuer geben und die Weichen richtig stellen.

Ein weiteres wichtiges Puzzleteil im Mantelerlass ist die Ausgestaltung des Marktes. Die Grundversorgung führt zu grossen Verzerrungen und riesigen Unterschieden in den Strompreisen. Dieses Problem will die FDP lösen und den Strommarkt öffnen. Eine solche Liberalisierung wäre auch ein wichtiger Schritt, um endlich mit der EU ein Stromabkommen abzuschliessen.

Dass die FDP Brücken bauen kann, wird sich wohl ebenfalls bei den Waffenexporten zeigen. Die Sicherheitspolitische Kommission des Ständerats hat basierend auf der Motion von Parteipräsident und Ständerat Thierry Burkart eine Kommissionsinitiative verabschiedet. Sie fordert die Beschränkung der Nichtwiederausfuhrerklärung bei Waffenexporten an Demokratien mit vergleichbarem Exportkontrollregime auf fünf Jahre. Dies gibt dieser wichtigen Vorlage im Ständerat Rückenwind.

Christian Steiner, Fraktionssekretär



Vier Kantone – hunderte motivierte Freisinnige

Ausblick auf die Wahlen in Appenzell Ausserrhoden, Genf, Luzern und Tessin

Der intensive Wahl-Frühling ist in vollem Gang. In Appenzell Ausserrhoden, Genf und Tessin tritt die FDP aus einer Position der Stärke an. In Luzern wollen die Freisinnigen die zweitstärkste Partei werden.

Nach den kantonalen Wahlen in Zürich und Basel-Stadt (Seite 15) setzt sich die intensive Wahlphase in gleich vier Kantonen und drei Sprachregionen fort. In den nächsten Wochen ist die Stimmbevölkerung in Appenzell Ausserrhoden, Genf, Luzern und Tessin aufgefordert, ihr Kantonsparlament und ihre Kantonsregierung neu zu wählen. Die FDP hat in allen vier Kantonen eine starke Position und verfügt über eine gute Ausgangslage, diese zu halten oder sogar auszubauen.



Weg frei für eine neue Regierungsrätin

In Appenzell Ausserrhoden war die FDP während Jahrzehnten die dominante Kraft und ist heute immer noch stärkste Partei. Bei den Regierungsratswahlen tritt die FDP mit dem Bisherigen, dem

amtierenden Landammann Dölf Biasotto, sowie Kantonsrätin Katrin Alder an. Sie soll den Sitz des zurückgetretenen Paul Signer verteidigen. Da keine Gegenkandidaturen vorliegen, dürfte ihr dies auch gelingen. Parteipräsidentin Monika Gessler ist überzeugt: «Katrin Alder ist ein Glücksfall für unsere Kantonalpartei. Durch ihre grosse politische Erfahrung im Kantonsrat und gemeinnützigen Organisationen, durch ihr Netzwerk und ihren beruflichen Hintergrund ist sie eine Idealbesetzung für den Regierungsrat. Sie denkt strategisch, politisch, betriebswirtschaftlich und hat ein Gespür für regionale Unterschiede.»

Im Kantonsrat möchte die FDP ihre 23 Sitze verteidigen. Weil die Parlamentswahlen ausser im Hauptort Herisau Majorzwahlen in den Gemeinden sind, stehen die Kandidierenden noch mehr mit ihrer Persönlichkeit und ihrem Netzwerk im Fokus. «Als Kantonalpartei unterstützen wir die Ortsparteien bei der Kommunikation, Administration und bei Aktivitäten», erklärt Gessler. Eine weitere Besonderheit der Ausserrhoder Politik ist die grosse Anzahl Parteionabhängiger im Kantons-

rat. Die FDP pflege einen konstruktiven Dialog mit den Parteionabhängigen, sagt Parteipräsidentin Gessler. Eine Herausforderung sei zuweilen das nicht vorhersehbare Abstimmungsverhalten aufgrund des grossen Meinungsspektrums. In der abgelaufenen Legislatur konnte die FDP wichtige Akzente setzen, so zum Beispiel beim kantonalen Energiegesetz oder der Diskussion über die künftigen Gemeindestrukturen. Diese tragende Rolle will die FDP in Appenzell Ausserrhoden auch in der nächsten Legislatur bekleiden. Monika Gessler hat insbesondere gute wirtschaftliche und gesellschaftliche Rahmenbedingungen sowie Investitionen in die Zukunft des Kantons im Blick: «Die FDP Appenzell Ausserrhoden will weiterhin progressive Schwerpunkte in der Energiepolitik setzen, gerade im Hinblick auf die Chancen für die Wirtschaft.»



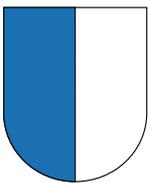
Genfer Alleingang

Auch 358 Autobahnkilometer südwestlich ist die FDP stärkste Kraft im Kanton und will diese Posi-

«Die FDP hat in allen vier Kantonen eine starke Position und verfügt über eine gute Ausgangslage, diese zu halten oder sogar auszubauen.»

tion selbstredend verteidigen. «Auch wenn sich die Umstände seit 2018 verändert haben, wollen wir stärkste Partei bleiben. Die FDP hat eine solide Bilanz, ein starkes Programm und gute Kandidierende», sagt Bertrand Reich, Präsident der FDP Genf. Allerdings stehen die Genfer Freisinnigen vor einer kniffligen Aufgabe, da sie ohne Bündnispartner antreten. Bertrand Reich gibt sich dennoch zuversichtlich: «Wir haben stets Vorschläge für ein breites Bündnis gemacht. Weil es mit der Mitte keine Einigung gab, treten wir nun alleine, frei und motiviert an.» Neben der bisherigen FDP-Regierungsrätin Nathalie Fontanet will Anne Hiltbold einen zweiten FDP-Sitz erringen und dafür sorgen, dass die Genfer Regierung wieder eine bürgerliche Mehrheit erhält.

Im aktuellen Wahlkampf setzt die FDP Genf auf eine flächendeckende Präsenz ihrer Kandidierenden. Werbung auf Social Media, im öffentlichen Raum, in den Medien und persönliche Auftritte an Standaktionen und anderen Veranstaltungen. Die Botschaft dabei ist klar: Mehr Freiheit, tiefere Steuern und ein funktionierender Kanton Genf. Zudem gelte es, die Erfolge der letzten Legislatur fortzusetzen, sagt Reich. Dazu zählen verschiedene FDP-Gesetzesvorlagen, die fast einstimmig verabschiedet wurden, wie zum Beispiel die erleichterte Installation von Solaranlagen. Auch die Senkung der Vermögenssteuer fand auf Bestreben der FDP eine Mehrheit. Nach hoffentlich erfolgreichen kantonalen Wahlen will Reich den Blick auf die nationalen Wahlen richten: «Unser Wahlkampf startet bereits im Juli und das Ziel ist klar: ein Sitzgewinn von zwei auf drei im Nationalrat und einen Ständeratssitz erobern.»



Liberales Comeback in Luzern

Der Kanton Luzern erlebte vor vier Jahren einen veritablen Linksrutsch. SP, Grüne und GLP gewannen zusammen 14 Sitze und bescherten den Bürgerlichen eine herbe Niederlage. Die FDP Luzern setzt nun alles daran, diese Scharte auszuweiten und Parteipräsidentin Jacqueline Theiler zeigt sich zuversichtlich: «Wir treten mit starken, vielseitigen Listen an und freuen uns über die Zahl der Kandidierenden – mit 109 sind es so viele wie seit 20 Jahren nicht mehr! Nur eine Korrektur reicht nicht. Es braucht eine starke liberale Kraft im Parlament, die sich sowohl für eine liberale Wirtschafts- wie auch Gesellschaftspolitik einsetzt und für den Fortschritt einsteht. Werte wie Freiheit und Eigenverantwortung sind nicht einfach gegeben. Es gilt, sie tagtäglich gegen Bevormundungs- und Ab-

schottungspolitik zu verteidigen.» In Zahlen ausgedrückt, heisst dies, die drei verlorenen Sitze von 2019 zurückzugewinnen und zweitstärkste Kraft im Kantonsrat zu werden. Im Regierungsrat strebt der Bisherige Fabian Peter seine Wiederwahl an.

Im Wahlkampf setzt die FDP Luzern auf ein breites Netzwerk von Unterstützerinnen und Unterstützern, wie Theiler sagt: «Wir konnten viele Liberale, keine Kandidierende oder Mandatsträger, finden, die bereit sind, für die FDP hinzustehen und Farbe zu bekennen. Mit unserer Kampagne zeigen wir, dass die FDP Luzern eine konstruktive vorwärts gerichtete Kraft ist, die unseren schönen Kanton mitgestalten will.» In der abgelaufenen Legislatur hat sich die FDP insbesondere für eine wirksame Energiepolitik eingesetzt. Förderung von erneuerbaren Energien durch finanzielle Anreize, vereinfachte Bewilligungsverfahren und Offenheit gegenüber neuen Technologien waren die freisinnigen Schwerpunkte für eine sichere Energieversorgung. Dabei gilt es stets, auch die guten Rahmenbedingungen für Firmen im Auge zu behalten, mahnt Theiler: «Wir müssen Sorge tragen, dass unsere Unternehmen innovativ bleiben können, was wir mit der geplanten Steuergesetzrevision angehen wollen. Diese beinhaltet im Übrigen nicht nur Abzüge für Forschung und Entwicklung, sondern auch höhere Abzüge für Fremdbetreuung. Denn Arbeit soll sich für alle lohnen. Das ist eine wichtige Voraussetzung dafür, dem Fachkräftemangel zu begegnen und für mehr Chancengleichheit zu sorgen.»



FDP Tessin hat noch nicht genug

Das Thema Energie beschäftigt auch die Politik im Tessin und die FDP setzt sich hierbei für liberale Lösungen ein. Daneben bearbeitet die FDP Tessin Themen wie die Zukunft der Volksschule, den Arbeitsmarkt, die kantonalen Finanzen und kämpft gegen die wachsende Bürokratie. Das Tessin gehört erfreulicherweise auch zu jenen Kantonen, in denen die FDP stärkste Kraft ist. Genügsamkeit ist darob bei Parteipräsident Alessandro Spezioli kei-

nesfalls zu spüren: «Freisinnige wollen sich stets verbessern. Das heisst, wir wollen im Grossen Rat mindestens einen Sitz zulegen und bei den Staatsratswahlen, die im Proporz gewählt werden, mehr Stimmen holen als vor vier Jahren.» Obwohl die FDP im kantonalen Parlament die grösste Fraktion stellt, muss sie sich stets um Mehrheiten bemühen. Da die Parteienlandschaft stark fragmentiert ist, sind die Freisinnigen auf Allianzen angewiesen, die aber oft wechseln.



Alessandro Spezioli, Präsident FDP Tessin.

Für Parteipräsident Spezioli ist klar, dass der Erfolg der Tessiner FDP nicht nur auf der Arbeit im Parlament basiert, sondern hauptsächlich an der Basis erarbeitet werden muss: «Wir haben über 90 Ortsparteien, die informiert, besucht und motiviert werden müssen. Dazu führe ich viele Gespräche mit Verbänden, Unternehmen und Bürgerinnen und Bürgern. Man darf sich auch als grosse Partei nie zurücklehnen, es braucht ständiges Engagement.» Der kantonale Wahlkampf ist im Tessin traditionell intensiv und generiert viel Aufmerksamkeit. Im Gegensatz zu den meisten anderen Kantonen ist die Stimmbeteiligung bei den kantonalen Wahlen höher als bei den nationalen Wahlen. Die Entscheide, die die Tessinerinnen und Tessiner in den nächsten Wochen treffen, haben also grosse Signalwirkung im Hinblick auf die eidgenössischen Wahlen im Oktober.

Marco Wölfli

FDP

Die Liberalen



**Wir machen
die Schweiz stark!**

**Gemeinsam mit allen, die
jeden Tag ihr Bestes geben.**



JETZT

spenden!

www.fdp.ch/spenden

Ende Januar hat die Schweiz 390 Paletten mit Winterausrüstung für die Ukraine geliefert. Foto: VBS



Für Sicherheit und Verlässlichkeit

Ein Jahr Ukrainekrieg offenbart Herausforderungen für die Schweiz

Seit einem Jahr herrscht wieder Krieg in Europa. Dadurch hat sich die Sicherheitslage markant verändert und die Schweiz ist vor neue Herausforderungen gestellt. Für die FDP ist klar, dass die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine uns länger beschäftigen und wir Prioritäten korrigieren müssen. Eine verbesserte Verteidigungsfähigkeit der Armee sowie eine Stärkung der Energieversorgung sind unabdingbar. Hierbei übernimmt die FDP Verantwortung und bietet konstruktive Lösungen.

Heute vor einem Jahr hat sich die Sicherheitslage in Europa fundamental verändert. Mit dem völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine ist der Krieg nach Europa zurückgekehrt. Seither wurden wir Zeugen von erschütternden Geschehnissen, aber auch von der mutigen Verteidigung durch die ukrainischen Streitkräfte. Unsere Solidarität mit der Ukraine ist ungebrochen.

Die brutale Invasion wirkt sich auch auf die Schweiz aus. Uns wurde schonungslos vor Augen geführt, welche Bedeutung eine glaubwürdige Sicherheitspolitik und eine zuverlässige Energieversorgung haben. Mit der Resolution «Weniger Polemik, mehr Strom» hat sich die FDP bereits vor Kriegsausbruch mit den Massnahmen für eine sichere Stromversorgung auseinandergesetzt. Die letzten Monate haben gezeigt, dass eine Stärkung der Energieversorgung unumgänglich ist, gerade auch im Hinblick auf den nächsten Winter. Die FDP bleibt hier am Ball.

Der Krieg in der Ukraine zwingt uns, auch die Schweizer Sicherheitspolitik neu zu denken. Die Verteidigungsfähigkeit der Schweizer Armee muss dringend verbessert werden. Mit der Studie «Ukraine – ein Weckruf für die Sicherheitspolitik» hat die FDP im September eine ausführliche Analyse präsentiert, die aufzeigt, wo die Hebel anzusetzen sind. Die Erhöhung der Mittel für die Armee sowie eine engere Kooperation mit der Nato sind notwendige Massnahmen, damit die Schweiz ihren Beitrag für die Sicherheit Europas leistet. Die Erhöhung des Armeebudgets auf ein Prozent des BIP wurde dank der FDP schon umgesetzt. Zudem wird in der kommenden Session die FDP mit einem Vorstoss die Kooperation der Schweiz mit der Nato in Angriff nehmen.

Unterstützung der Ukraine fortsetzen

Leider ist momentan kein rasches Ende dieses Krieges in Sicht. Für die FDP ist daher klar,

dass wir die Unterstützung der Ukraine fortsetzen müssen. Dazu gehört weiterhin die humanitäre Hilfe für die Ukraine vor Ort, aber auch die Unterstützung für die ukrainischen Flüchtlinge hierzulande.

Der Krieg gegen die Ukraine zeigt, dass Sicherheit und Freiheit, aber auch Stabilität und Wohlstand keine Selbstverständlichkeit sind. Dessen müssen wir uns auch hier bewusst sein. Angesichts der grossen Aufgaben setzt sich die FDP umso mehr für Sicherheit und eine zuverlässige Energieversorgung ein. Wir Freisinnige sind gewillt, diesen Herausforderungen mit Mut, Zuversicht und Verlässlichkeit zu begegnen – für eine starke Schweiz.

Videobotschaft von Parteipräsident und Ständerat Thierry Burkart.



Postulat

Ständerat Josef Dittli (UR) hat zu Beginn der Frühlingssession ein Postulat eingereicht, um die Umsetzung einer verstärkten Nato-Kooperation im Verteidigungsbereich voranzutreiben. Er fordert den Bundesrat auf, in einem Bericht darzulegen, wie eine Kooperation mit der Nato erreicht werden kann. Folgende Fragen sollen im Bericht des Bundesrats beantwortet werden:

- Wie kann das Maximum an Verteidigungskooperation unter Beibehaltung des Neutralitätsrechtes und ohne Bündnisbeitritt erreicht werden?
- Welche Mehrwerte kann die Schweiz in eine solche Kooperation einbringen?
- Was sind die möglichen Forderungen und Erwartungen der Nato gegenüber der Schweiz?
- Welche militärischen Fähigkeiten und anderweitigen Kosten und Ressourcen würden für die verschiedenen Projektteilnahmen benötigt?
- Wo besteht allfälliger Handlungsbedarf des Gesetzgebers?



Seit Jahresbeginn gehört Damian Meier dem Schwyzer Regierungsrat an. Für den bisherigen Kommandanten der Kantonspolizei ist es auch eine Art Rückkehr in die Politik. Bereits als 21-Jähriger politisierte er für die FDP im Luzerner Kantonsrat.

Nicht nur der Bundesrat, sondern auch der Schwyzer Regierungsrat hat seit Jahresbeginn zwei neue Mitglieder. Neben Xaver Schuler (SVP) trat auch der Freisinnige Damian Meier sein Amt an. Er beerbte Kaspar Michel, der nach zwölf Jahren in der Kantonsregierung zurückgetreten ist. Hinter Meier liegen intensive Monate. Im vergangenen Juni wurde er von der FDP Schwyz als Kandidat nominiert, und erst sechs Monate später wurde er im zweiten Wahlgang von den Schwyzerinnen und Schwyzern zum neuen Regierungsrat gewählt. «Es war eine intensive Zeit», sagt Meier. «Insbesondere nach dem ersten Wahlgang war ich jedes Wochenende und an vielen Abenden im Einsatz. Ich war froh, als es geschafft war, und dankbar, dass ich auf die Unterstützung meiner Familie zählen durfte.»

Bewusster Verzicht auf Sicherheitsdepartement

Sein Engagement im Wahlkampf absolvierte er neben seiner Arbeit als Kommandant der Kantonspolizei Schwyz, die er seit über acht Jahren führt. Dieses Amt lag ihm besonders am Herzen und hat ihn stets herausgefordert, da er nie wusste, was ihn am Morgen erwartete. «Die Polizeiwelt wird mir fehlen, aber die Nacht- und die Pikettendienste vermisse ich sicher etwas weniger», erzählt Meier. Obwohl er seit 15 Jahren für die Polizei tätig war, übernahm Meier nicht das Sicherheitsdepartement, sondern das Innendepartement. Eine bewusste Entscheidung des neu gewählten Regierungsrats: «Ich wollte nicht Vorgesetzter meines Nachfolgers werden, da bestand die Gefahr, dass ich zu stark ins operative Geschäft involviert worden wäre. Zudem ist ein thematischer Wechsel

sinnvoll und ermöglicht neue Perspektiven.» Mit dem Departement des Innern verantwortet Meier unter anderem das Sozialwesen und ist auch zuständig für die Schwyzer Spitäler, die allerdings selbstständig sind. Er wolle sich zuerst einen Überblick verschaffen und die Mitarbeitenden kennen lernen, so Meier.

Mehr FDP für die Schweiz

Dass sich der neue Regierungsrat in Zukunft mit Gesundheitspolitik befasst, ist für ihn nichts komplett Neues. Zwischen 1995 und 2008 sass Meier im Kantonsrat Luzern und bearbeitete unter anderem Gesundheitsthemen, zu welchen er als Sohn eines Chefarztes einen besonderen Bezug hatte. Mit der Wahl in den Regierungsrat erfolgt für Meier gewissermassen die Rückkehr in die Politik, die ihn schon in der Jugend prägte. Aufgewachsen in einer CVP-Familie, trat er bereits mit 14 Jahren der FDP bei. Seine Verbundenheit zum Freisinn ist dementsprechend stark: «Die FDP ist für mich mehr als eine Partei. Sie garantiert die Freiheit des Individuums, der Unternehmen und des Gewerbes. Das sind wichtige Werte, und ich bin überzeugt, dass der Schweiz mehr FDP guttun würde.» Auch den Kanton Schwyz sieht Meier in einer gewissen Vorbildfunktion für andere Kantone. Schwyz sei ein Erfolgsmodell, an dem auch die FDP grossen Anteil habe. Die wirtschaftlichen und die persönlichen Freiheiten hätten einen grossen Stellenwert, was zur heutigen starken Position des Kantons geführt habe.

Wider dem Klischee

Als jemand, der noch nicht sein ganzes Leben in Schwyz verbracht habe, sei sein Blick auf den Kanton ein anderer, meint Meier: «Den Schwyzerinnen und Schwyzern scheint manchmal gar nicht bewusst zu sein, dass sie hier in einem kleinen Paradies leben.» Auch das Klischee, dass die Bevölkerung Schwyz wenig offen sei, erachtet Meier als falsch: «Dass sie jemanden, der erst seit neun Jahren im Kanton lebt, in die Regierung gewählt haben, bezeugt die Offenheit der Schwyzerinnen und Schwyzer.» Dieses Vertrauen der Bevölkerung will Meier nun als Regierungsrat nutzen, um die Stärken von Schwyz zu bewahren und den komplexen Herausforderungen in der Sozial- und Gesundheitspolitik zu begegnen. Seine Ausdauer hat er schliesslich bereits im mehrmonatigen Wahlkampf unter Beweis gestellt.

Marco Wölfli

KOLUMNE

Die unbrauchbare Migrationspolitik der SVP

Pünktlich zum Wahljahr bringt die SVP die Zuwanderung auf die politische Agenda. Es stimmt: Die Schweiz verzeichnete – auch im internationalen Vergleich – in den letzten Jahren eine hohe Zuwanderung. Diese führte dazu, dass unsere Infrastruktur wie auch unsere Gesellschaft im Generellen vor einer Herausforderung steht. Der Handlungsbedarf ist unbestritten.

Nur, die SVP zielt stets auf das Personenfreizügigkeitsabkommen (PFZ) ab und ist dazu bereit, dieses zu kündigen. Damit nimmt sie fahrlässig in Kauf, dass wir den wirtschaftlichen, kulturellen und gesellschaftlichen Anschluss an unsere Nachbarländer und die ganze EU verlieren. Der Scherbenhaufen der Kündigung des Personenfreizügigkeitsabkommens wäre gross. Zu gross!

Das Herumhacken der SVP auf der PFZ ist auch deshalb falsch, weil 70 Prozent der Einwandererinnen und Einwanderer aus den EU/EFTA-Staaten einen Arbeitsvertrag haben. Anders ist dies bei der Migration aus Drittstaaten (Nicht-EU-Staaten), wo der Erwerbsanteil nur bei



24 Prozent liegt. Hier gilt es, den Grundsatz «hart, aber fair» umzusetzen, so wie er an der FDP-Delegiertenversammlung im Juni 2022 verabschiedet wurde.

Wer in die Schweiz kommt und aus eigener Kraft den Arbeitsalltag bewältigen kann, sei es durch Arbeitseinkommen oder Vermögen, erhält ein Aufenthaltsrecht. Ebenfalls wer einen Asyl- oder Schutzgrund geltend machen kann. Personen, die in die Schweiz kommen, um auf Kosten

der Allgemeinheit zu leben, müssen wir aber rückschaffen. Denn nur mit dem konsequenten Vollzug unserer Ausländer- und Asylgesetzgebung können wir die Migration aus Drittstaaten dämpfen.

Wir Freisinnigen sind auch der Meinung, dass die Migration aus der PFZ gedämpft werden kann, ohne das Vertragswerk und die bilateralen Verträge zu kündigen. Dies schaffen wir, indem wir das Rentenalter in der Schweiz erhöhen und die Individualbesteuerung einführen. Beide innenpolitischen Massnahmen führen zu einer Steigerung des Angebots an Arbeitskräften in der Schweiz. Dies wiederum verringert die Nachfrage der Wirtschaft nach ausländischen Arbeitskräften und reduziert damit die Migration.

Für uns Freisinnige ist klar: Die aktuell hohe Zuwanderungsrate ist nicht nachhaltig. Es gibt gute, freisinnige Rezepte, sie zu dämpfen. Ohne dass wir einen Scherbenhaufen anrichten.

Andri Silberschmidt
Parteivizepräsident und Nationalrat ZH

FDP
Die Liberalen



Neue Produkte

im FDP-Shop



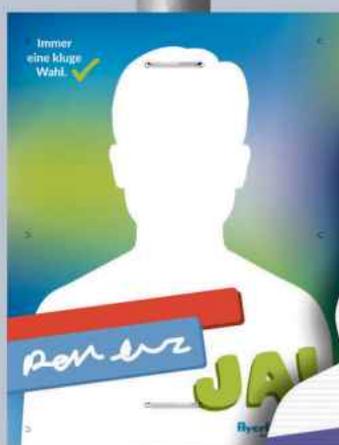
AUS DER SCHWEIZ. FÜR DIE SCHWEIZ. WAHLWERBUNG VON FLYERLINE.

- 100% klimaneutrale, Schweizer Produktion
- Schnelle Lieferzeiten (auch Expresslieferung)
- Mehrere Adressen pro Bestellung möglich
- Versandkostenfrei ab CHF 100
- Grafische Dienstleistungen

Papierplakate – in allen gängigen Formaten für Plakatstellen.



ECO-Outdoorplakate
Umweltschonend und nachhaltig.



Allwetterleichtplakat®
Freeform – in jeder Wunschform erhältlich.

Blachen / Banner
Robust und auffällig



Jetzt entdecken auf
flyerline.ch/wahlwerbung

printed in
switzerland

Alle Produkte
Klimaneutral
ClimatePartner

flyerline.ch
Mehr als eine Online-Druckerei